Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1837
07. 07. 82

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den ersten Teil der 28. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der WEU vom 14. bis 17. Juni 1982

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (Entwicklung der Lage in Polen. Die Lage im Nahen Osten. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten für den internationalen Frieden und die gemeinsame Sicherheit.)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Althammer (S. 17), Rösch (S. 18), Jung (Kandel) (S. 18, 25), Reddemann (S. 28), Freiherr Dr. Spies von Büllesheim (S. 29), Dr. Müller (S. 31).

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 378 (vom 8. Februar 1982) betr. die Entwicklung der Lage in Polen
Empfehlung 384 betr. die Entwicklung der Lage in Polen (S. 19)
Empfehlung 386 betr. die Lage im Nahen Osten (S. 30)
Empfehlung 387 betr. die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten für den internationalen Frieden und die gemeinsame Sicherheit (S. 32)

— **Bericht des Rates der WEU** (27. Jahresbericht des Rates an die Versammlung. Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates. Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates. Die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates.)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 4, 6), Dr. Geßner (S. 6)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 379 betr. die politische Tätigkeit des Rates der WEU — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates (S. 5)

Empfehlung 380 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates (S. 6)
Empfehlung 381 betr. die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates (S. 7)

— **Verteidigung** (Abrüstung. Das Problem der Nuklearwaffen in Europa. Die Falklandkrise.)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 7, 10), Dr. Enders (S. 9), Dr. Wittmann (S. 11), Bahr (S. 12), Dr. Müller (S. 13), Jung (Kandel) (S. 14, 15), Dr. Geßner (S. 15)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 382 betr. die Abrüstung (S. 10)
Empfehlung 383 betr. das Problem der Kernwaffen in Europa (S. 15)

— **Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt** (Die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates. Internationale Luftfahrtkonsortien: Richtlinien aus dem Kolloquium am 9. und 10. Februar 1982)

Hierzu sprach Abg. Freiherr Dr. Spies von Büllesheim (S. 26).

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 381 betr. die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates
Empfehlung 385 betr. internationale Luftfahrtkonsortien: Richtlinien aus dem Kolloquium am 9. und 10. Februar 1982 (S. 27).

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbroschüre über die WEU und ihre Tätigkeit. Möglichkeiten der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Versammlung der WEU und den Parlamenten.)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Der britische Abgeordnete Fred Mulley wurde von der Versammlung zum Präsidenten wiedergewählt. Abg. Dr. Manfred Geßner (SPD) wurde als deutscher Vizepräsident wiedergewählt. Abg. Dr. Enders (SPD) wurde zum zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten, Abg. Lenzer (CDU/CSU) zum ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft,

Technologie und Raumfahrt und Abg. Schulte (Unna) (SPD) zum zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitätsfragen wiedergewählt.

Den 27. Jahresbericht des Rates erstattete der amtierende Ratsvorsitzende Außenminister Leo Tindemans (Belgien).

Zur Versammlung sprachen ferner der französische Außenminister Claude Cheysson und der deutsche Staatssekretär im Verteidigungsministerium Dr. Klaus D. Leister (S. 20).

Als Beobachter nahm an den Verhandlungen der Versammlung eine portugiesische parlamentarische Delegation teil.

Bonn, den 23. Juni 1982

Dr. Manfred Achim Geßner	**Gerhard Reddemann**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 14. Juni 1982

Tagesordnungspunkt:

Ratifizierungen von Entscheidungen des Präsidialausschusses

Annahme der Empfehlung 378 vom 8. Februar 1982 betr. die Entwicklung der Lage in Polen

Tagesordnungspunkt:

27. Jahresbericht des Rates

Berichterstatter: Leo Tindemans (belgischer Außenminister und Vorsitzender des Rates der WEU)

(Drucksache 905)

Der belgische Außenminister führte bei der Einbringung seines Berichts mit Bezug auf die Rolle der WEU in der europäischen Sicherheitspolitik abschließend aus:

...

Festigkeit und Entschlossenheit in der Verteidigung sowie Bereitschaft zum Dialog — dies sind, kurz gesagt, die beiden Pfeiler, auf denen die europäische Sicherheitspolitik ruhen muß.

Wo und wie ist diese Politik zu verwirklichen? Auf diese Frage möchte ich jetzt mein Augenmerk richten.

Ich glaube, daß wir uns bei dieser Materie von einem Grundsatz und von einem Gedanken leiten lassen müssen:

— Der Grundsatz fordert, daß unsere Sicherheitspolitik in voller Solidarität mit unseren Verbündeten jenseits des Atlantiks betrieben wird. Es wäre in der Tat völlig illusorisch, im Bereich der Sicherheit einen nur europäischen Weg suchen zu wollen. Das atlantische Bündnis ist der Grundpfeiler unseres gesamten Verteidigungskonzepts und muß es bleiben;

— Innerhalb des atlantischen Bündnisses ist es vernünftig und legitim, daß die europäischen Staaten bemüht sind, sich der eigenen Sicherheitsinteressen auf unserem Kontinent bewußt zu werden. Der Gedanke wäre also, daß wir uns um die Stärkung des europäischen Pfeilers des Bündnisses bemühen, indem wir die Mechanismen und Verfahren, die wir dabei anwenden wollen, präziser gestalten. Es scheint mir, daß die Möglichkeiten in dieser Hinsicht noch nicht ausgeschöpft sind;

— Die Westeuropäische Union stellt ein privilegiertes Forum dar. Ihre Versammlung besitzt eine einzigartige Zuständigkeit im Bereich der Verteidigung und Sicherheit. Selbst wenn sie gegenwärtig nicht alle unsere Partner umfaßt, stellt sie vor allem durch die Einrichtungen, die zu ihr gehören, ein wertvolles und erprobtes Instrument dar;

— die „Zehn" bieten ihrerseits durch ihren wirtschaftlichen Zusammenhalt und immer engere politische Konsultationen einen Weg, der vielversprechend sein dürfte. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die sehr nützliche Initiative der Herren Genscher und Colombo. Sie wissen, daß diese Initiative eine systematische Beschäftigung mit dem Thema innerhalb der „Zehn" ausgelöst hat. Eine Arbeitsgruppe hat mehrere Sitzungen darauf verwandt, und in einigen Tagen, am 20. Juni, werden meine Kollegen und ich uns noch eingehender mit diesem Thema befassen.

Jedenfalls verfügen wir über die notwendigen Instrumente. Wenn es vielleicht auch verfrüht ist, eine definitive Entscheidung herbeiführen zu wollen, so ist doch klar, daß wir einen größeren Nutzen aus den vorhandenen Einrichtungen ziehen müssen. In meiner Eigenschaft als amtierender Präsident des WEU-Rates wäre ich bereit, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um gründlich zu beraten, um eine Annäherung der Standpunkte zu fördern, kurz, um bei der weiteren Entwicklung unserer Überlegungen zu helfen. Was Belgien betrifft, so ist es für jeden nützlichen Vorschlag offen und bereit, vorurteilslos jeden Ansatz zu unterstützen, der die europäische Zusammenarbeit im Rahmen des atlantischen Bündnisses fördern kann.

Es scheint mir in der Tat, daß die öffentliche Meinung in dieser Frage dem voraus ist, was unseren Regierungen bis heute auszuführen gelungen ist. Sie ist aufgeschlossen für alles, was das Schicksal Europas, seine Einheit und sein Handeln in der Welt betrifft. Wir sollten mit Geduld, aber auch mit Hartnäckigkeit und mit Ausdauer nach Mitteln suchen, um dieser Aufgeschlossenheit zu entsprechen. Die Westeuropäische Union ist für derartige Überlegungen ohne Zweifel ein besonders geeigneter Ort.

Tagesordnungspunkt:

Die politische Tätigkeit des Rates — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 913)

Berichterstatter: Abg. Vecchietti

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich werde es kurz machen, aber ich fürchte, daß ich es nicht schmerzlos machen kann.

Zunächst möchte ich dem Herrn Berichterstatter durchaus dafür danken, daß er die Inaktivität des

Rates in seinem Bericht und in seiner Empfehlung besonders hervorgehoben hat. Ich muß allerdings sagen, daß wir möglicherweise die Falschen prügeln, da die Mitglieder des Rates ja eigentlich nichts anderes tun können, als das zu vollziehen, was ihre Regierungen vorgeschlagen haben. Mit anderen Worten: Wir prügeln die Botschafter, aber nicht die Regierung. Oder wir schlagen — um ein deutsches Sprichwort zu gebrauchen — den Sack und meinen den Esel, wobei ich ausdrücklich sagen möchte, daß ich die Herren Botschafter nicht mit einem Sack vergleichen möchte.

Was mich vor allem zu kritischen Bemerkungen veranlaßt, Herr Präsident, ist ein Satz, den ich schnell in Englisch aus dem Text zitieren darf:

> Noting that the dangers to peace and security in Europe are now more serious than ever; ...

Hier muß ich sagen: Dies stimmt mit der Realität auf keinen Fall überein. Wir haben seit dem Zweiten Weltkrieg sehr viel schwierigere Situationen nicht nur in Europa, sondern auch zwischen Ost und West erlebt und können deswegen hier nicht eine falsche Aussage treffen, die lautet, gegenwärtig sei die Situation gefährlicher als in anderen Zeiten.

Gewiß, ich gebe zu, daß die Partei, die der Herr Berichterstatter vertritt, diese Ansicht gegenwärtig in großen Kampagnen in Europa verbreitet. Aber ich meine, wir können dessen ungeachtet als Versammlung der Westeuropäischen Union diese Auffassung nicht übernehmen.

Ich möchte einen dritten Punkt anführen. Der Herr Berichterstatter hat auf die Rede des Herrn Staatssekretärs Lemoine aus dem vergangenen Dezember verwiesen. Ich habe sie damals sehr aufmerksam gehört. Nachher habe ich mit dem Staatssekretär gesprochen, und ich habe mich gefreut über seine Aktivität. Indessen, seine Vorschläge, die Themen Friedensbewegung und Terrorismusbekämpfung in dem Ständigen Rüstungsausschuß zu behandeln, kann ich leider nicht akzeptieren. Sie würden dem Geist der Verfassung meines Staates widersprechen, weil die Bekämpfung des Terrorismus Sache der Justiz und der Polizeibehörden, nicht aber der Verteidigungseinrichtungen ist. Ich bitte um Verständnis, Herr Präsident, wenn ich mich bei allem Respekt vor dem Herrn Berichterstatter und bei dem großen Respekt vor seiner Arbeit diesmal dem Vorschlag des Politischen Ausschusses nicht anschließen kann.

Empfehlung 379

betr. die politische Tätigkeit des Rates der WEU — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

stellt fest, daß der 27. Jahresbericht des Rates zufriedenstellende Aspekte aufweist;

bedauert nichtsdestoweniger, daß der WEU-Rat auch im Jahre 1981 untätig geblieben ist;

verweist auf die Bedeutung der Vorschläge zur Reaktivierung der WEU, die der Staatssekretär beim französischen Verteidigungsminister Herr Lemoine, im Dezember 1981 machte;

unterstreicht, daß diese Vorschläge von der französischen Regierung erläutert und wenn möglich weiter ausgearbeitet werden und bei den sechs Partnern Frankreichs ein Echo auslösen sollten;

stellt fest, daß Frieden und Sicherheit in Europa heute ernsthafter gefährdet sind denn je;

erinnert daran, daß die WEU immer noch die einzige europäische Organisation ist, die echte Zuständigkeit im Bereich der Verteidigung und folglich auch der Abrüstung besitzt;

empfiehlt dem Rat,

1. die von der französischen Regierung gemachten Vorschläge zur WEU eingehend zu prüfen, um festzustellen, welches Maß an Übereinstimmung die Partner Frankreichs auf der Grundlage dieser Vorschläge zu erzielen vermögen und der Versammlung wenn möglich in der nächsten Teilsitzung oder auf jeden Fall innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten;
2. in seine Beratungen auch die Fragen einzubeziehen, die durch die Entwicklung der europäischen öffentlichen Meinung angesichts der Bedrohungen der Sicherheit Europas aufgeworfen werden;
3. unter anderem zu erörtern, welche Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus den Regierungen der Mitgliedsländer zur Verfügung stehen und dabei das Ziel zu verfolgen, sie durch größere Zusammenarbeit zu stärken;
4. in seine Diskussion alle Gefahren für die Sicherheit Westeuropas, wo immer sie auftreten, einzubeziehen;
5. die Ministertagungen des Nordatlantikrates durch Konsultationen im Rahmen der WEU über die europäische Verteidigung und über die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Rüstungsbegrenzung vorzubereiten;
6. bei den Sitzungen des Ständigen Rates einen häufigen und regelmäßigen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der europäischen Verteidigung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses zu pflegen;
7. zu prüfen, wie die Erfahrungen der Rüstungskontrollbehörde genutzt werden könnten, um zur Lösung der bei allen internationalen Abrüstungskonferenzen auftretenden Überwachungsproblemen beizutragen;
8. sicherzustellen, daß die mögliche Erweiterung des Aufgabenbereichs des Ständigen Rüstungsausschusses (SAC) nicht dazu führt, daß dieses Gremium von seinen derzeitigen Zuständigkeiten entbunden wird.

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 908)

Berichterstatter: Abg. Prussen

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich darf es sehr kurz machen. Ich danke dem Herrn Berichterstatter und dem Ausschuß, der uns durch den Herrn Berichterstatter diesen Bericht vorgelegt hat, sehr herzlich für den Bericht. Ich glaube, mit diesem Vorschlag wird politischen Veränderungen der Westeuropäischen Union Rechnung getragen.

Ich möchte aber zugleich eines sagen — um jedes Mißverständnis zu vermeiden —: Alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland werden den **Verzicht auf ABC-Waffen,** so, wie er im Protokoll Nr. 3 festgelegt worden ist, auch nach einer Lockerung dieser Bestimmungen ganz selbstverständlich beibehalten. Es wird kein Wunsch aus der Bundesrepublik Deutschland kommen, etwa ABC-Waffen herzustellen. Ich glaube, daß dies nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Bernini noch einmal deutlich gesagt werden sollte, damit Mißverständnisse bereits im Keime erstickt werden. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Dienstag, 15. Juni 1982

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In dem Resolutionsentwurf, der angenommen ist, waren auch Probleme angesprochen, die die Bundesrepublik betreffen. Sie werden bemerkt haben, daß wir in der Debatte außerordentlich zurückhaltend gewesen sind. Ich selbst habe als Sprecher der Delegation dazu nicht Stellung genommen. Bei der Behandlung dieser Frage waren wir auch in der Vergangenheit immer außerordentlich zurückhaltend, und das wollten wir aus guten Gründen auch diesmal sein.

Dennoch, nachdem der Ausschuß von sich aus diese Frage aufgegriffen hat, war es für uns ganz selbstverständlich, nicht für die Aufrechterhaltung von Diskriminierungen der Bundesrepublik zu stimmen. Ich möchte hier deutlich sagen, daß die Bundesrepublik ein friedliebender und vertragstreuer Staat ist. Wir haben längst auf die Produktion und die Anwendung von ABC-Waffen verzichtet. Daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern.

Insgesamt, glaube ich, ist die Haltung der Bundesrepublik, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg an den Tag gelegt hat, von den Parlamentariern in der heutigen Versammlung honoriert worden. Dafür möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Sie dürfen sicher sein, daß die Bundesrepublik in ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und zur Bewahrung unserer Freiheit fortfahren wird. — Ich danke Ihnen.

Empfehlung 380

betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

(i) begrüßt die weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Rat und der Versammlung im Hinblick auf die Anwendung des Brüsseler Vertrages, wie sie in Empfehlung 365 und der Antwort des Rates auf diese Empfehlung zum Ausdruck kommt;

(ii) stellt fest, daß der Rat und die Versammlung gleichermaßen anerkennen, daß die grundlegenden Bestimmungen des Brüsseler Vertrages, insbesondere die Bestimmungen über gegenseitige Sicherheit in Artikel IV, V und VIII.3, ihren vollen Wert behalten und daß Interesse an einer verstärkten Nutzung der Westeuropäischen Union als Instrument der europäischen Sicherheit besteht;

(iii) ist der Auffassung, daß mehrere Rüstungskontrollbestimmungen des geänderten Brüsseler Vertrages nicht mehr zweckmäßig sind, und nimmt die Ansicht des Rates zur Kenntnis, daß „bei der Anwendung der Bestimmungen von Protokoll Nr. III und seinen Anlagen der Entwicklung der Lage in Europa in größtmöglichem Umfang Rechnung getragen werden sollte";

(iv) vertritt daher die Auffassung, daß die WEU den Erfordernissen der achtziger Jahre angepaßt werden sollte;

empfiehlt dem Rat

1. in Anwendung von Artikel II des Protokolls Nr. III des geänderten Brüsseler Vertrages die Absätze IV und VI in der Liste der Anlage III zu diesem Protokoll zu streichen;
2. in Anwendung von Artikel V des Protokolls Nr. III des geänderten Brüsseler Vertrages die Liste in der Anlage IV zu diesem Protokoll durch Kürzung zu ändern;
3. die Mitgliedstaaten, die dem integrierten System der NATO angehören und nicht bereits durch Artikel VI des Protokolls Nr. II gebunden sind, aufzufordern, einseitige Erklärungen über den Umfang der Streitkräfte abzugeben, die sie ihren Verpflichtungen gemäß dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa unterstellen und nach mit ihm vereinbarten Bedingungen stationieren und die sie nicht entgegen den Wünschen der Mehrheit der Vertragsparteien abziehen dürfen;

4. in künftigen Jahresberichten eine Erklärung über den Umfang aller der NATO unterstellten Streitkräfte aufzunehmen;
5. seinen Jahresbericht wie in der Vergangenheit vor Ende Februar zu übermitteln.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Außenministers Claude Cheysson

Tagesordnungspunkt:

Die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 917)

Berichterstatter: Abg. Fiandrotti

Empfehlung 381

betr. die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie — Antwort auf den 27. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

(i) vertritt die Ansicht, daß es notwendig ist, Europa eine bessere Position im industriellen und Handelswettbewerb mit den Vereinigten Staaten und Japan zu sichern;

(ii) erwägt die rasche Entwicklung der Technologien und die Schwierigkeit der Mitgliedstaaten, mit dem Fortschritt in den verschiedenen Bereichen der Spitzentechnologie Schritt zu halten;

(iii) vertritt die Ansicht, daß es notwendig ist, Waffen der Spitzentechnologie zu entwickeln und herzustellen, um ein Kräftegleichgewicht mit dem Warschauer Pakt sicherzustellen;

(iv) erwägt die Haushaltsschwierigkeiten der Mitgliedstaaten und die Probleme, mit denen sie demzufolge aufgrund des drastischen Anstiegs der Forschungs- und Entwicklungskosten für moderne Waffen konfrontiert werden;

(v) vertritt die Ansicht, daß eine verstärkte Harmonisierung der Forschungs- und Entwicklungsbemühungen der Mitgliedstaaten trotz der unterschiedlichen Haushaltssituation in den einzelnen Ländern und eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit es ermöglichen würden, diese Schwierigkeiten leichter zu überwinden;

(vi) nimmt Kenntnis von dem Abschnitt des 27. Jahresberichts des Rates über Fragen der Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt und von den darin enthaltenen Angaben über Energie und Sicherheit einerseits und Raumfahrtaktivitäten andererseits;

(vii) berücksichtigt die Antwort des Rates auf die Empfehlungen 331 und 365 sowie die Erklärungen, die der Staatssekretär beim französischen Verteidigungsminister, Herr Lemoine, am 3. Dezember 1981 vor der Versammlung abgegeben hat;

empfiehlt dem Rat,

1. den Ständigen Rüstungsausschuß und sein internationales Sekretariat aufzufordern, in ihren Zuständigkeitsbereichen den Ausschuß für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt bei der Vorbereitung des 2. Teils seines Berichts über die Harmonisierung der Forschung in den Bereichen der zivilen und militärischen Spitzentechnologie zu unterstützen;
2. den Ständigen Rüstungsausschuß zu beauftragen, eine Liste der militärischen Forschungs- und Entwicklungsprogramme aufzustellen, die wegen ihrer Kosten, technischen Komplexität oder besonderen Bedeutung Gegenstand einer fruchtbaren europäischen oder internationalen Zusammenarbeit sein könnten, und der Versammlung innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten;
3. die Möglichkeit zu untersuchen, die Sicherheit und Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten im Energiebereich zu erhöhen;
4. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:
   a) eine Auswahl von Projekten für die europäische Zusammenarbeit in Bereichen wie Mikroelektronik, Biotechnologie und maritime, Nuklear- und Weltraumtechnologie, zu treffen;
   b) diese Projekte mit größtmöglicher Flexibilität und auch Beharrlichkeit in bi- oder multilateralem Rahmen durchzuführen;
   c) Vorkehrungen für die Ausbildung der entsprechenden Experten zu treffen;
   d) den Austausch von Forschern zwischen europäischen Ländern zu fördern und somit die Bildung europäischer Teams zu ermöglichen;
   e) schließlich die Finanzierung dieser Projekte sicherzustellen.

Tagesordnungspunkt:

Abrüstungen

(Drucksache 909)

Berichterstatter: Abg. Dr. Vohrer

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Meine Damen! Meine Herren! Die sicherheitspolitische Diskussion der 80er Jahre ist geprägt vom Bewußtsein, aber auch von dem Unbehagen und der

Angst, daß die vorhandenen Waffenpotentiale ausreichen, die Menschheit auszurotten. Diese Sorgen der Bevölkerung finden ihren Niederschlag in der Friedensbewegung in den verschiedenen Ländern des Ostens und insbesondere des Westens, die unterschiedliche Ausprägungen, unterschiedliche Schwerpunkte, aber alle eines gemeinsam haben: jene Angst vor den überdimensionierten Waffenpotentialen.

Die Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg — und es sind jetzt immerhin 37 Jahre Frieden — haben uns gezeigt, daß ein **Kräftegleichgewicht** ein wichtiges Element der **Friedensstabilisierung** ist. Aber seit dem Harmel-Bericht sind wir uns auch bewußter, daß ein Kräftegleichgewicht nicht nur durch eine Bewegung der Waffenpotentiale nach oben erreicht werden kann, sondern daß eine Sicherheitspolitik auch mit dem Ziel geführt werden kann, ein Gleichgewicht durch Abbau der Waffenpotentiale zu erreichen, d. h. ein Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau, wie es hier von der gleichen Stelle auch der französische Außenminister Cheysson noch einmal in aller Eindeutigkeit betont hat.

Es gibt keine Gegensätze zwischen Sicherheitspolitik oder Verteidigungspolitik auf der einen und Rüstungskontroll- oder Abrüstungsüberlegungen auf der anderen Seite. Diese beiden Elemente der Sicherheitspolitik sind komplementär. Ich betone dies deshalb, weil sich in den Beratungen meines Berichtes immer wieder gezeigt hat, daß es Leute gibt, die in der jetzigen Zeit jegliche Art von Abrüstungsüberlegungen mit der Begründung ablehnen, daß in der jetzigen Epoche lediglich größere Rüstungsanstrengungen und nicht Abrüstungsüberlegungen Gegenstand der Diskussion sein sollten.

Ich halte von dieser Minderheitenmeinung, die im Bericht auch zum Ausdruck kommt, nichts und hoffe, daß mir die Mehrheit dieses Hauses hier folgt.

Abrüstung ist ein sehr umfassender Begriff. Die Abrüstungsgespräche und -verhandlungen sind auch keineswegs sehr überschaubar. Sie finden auf den verschiedensten Bühnen statt. Es war deshalb eine mühselige Arbeit, die einzelnen Elemente zusammenzutragen. Sie liegen Ihnen jetzt in zwei Berichten, nämlich dem Bericht meines Kollegen Mommersteeg und dem von mir vorgelegten Bericht, vor.

Dieses Zusammentragen der Fakten war mit verschiedenen Reisen und Gesprächen verbunden. In dem Bericht wird zum Ausdruck gebracht, daß ich mich in Wien, in Genf und London informiert habe. Darüber hinaus darf ich mich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit für die sehr konstruktive Mithilfe des Sekretariats, insbesondere von Herrn Whyte, ganz herzlich bedanken. Das ist sicher ein ganz wichtiger Beitrag dazu gewesen, daß der Bericht in dieser Breite und umfassenden Form zustande gekommen ist.

Ich hatte schon zum Ausdruck gebracht: Der Bericht soll einen Überblick geben über den Stand — und hier kann nur der Stand bei Verabschiedung des Berichtes, der vom 20. April, erfaßt werden — der verschiedenen **Abrüstungsgespräche.** Es beginnt mit den regionalen, auf Mitteleuropa konzentrierten Aspekten hinsichtlich der konventionellen Waffen und der Truppenstärken, den MBFR-Gesprächen in Wien. Dort geht es darum, das Ziel gleichgewichtiger Truppenreduzierung in Mitteleuropa zu erreichen. Einige Tage, bevor wir in Wien die Gelegenheit hatten, mit den Botschaftern zu sprechen, hatte der Warschauer Pakt Vorschläge über die Reduzierung der Truppen in einer ersten Phase gemacht.

Der Bericht geht aber auch auf die zweite Ebene ein, die vertrauensbildenden Maßnahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die zur Zeit in Madrid unterbrochen ist, im Herbst aber weitergehen soll, und die Überlegungen, die im Zusammenhang mit dem französischen Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz gemacht werden.

Ein Teil wurde von mir nicht behandelt, kommt aber in dem Bericht des Herrn Mommersteeg heute nachmittag zur Sprache, nämlich die Mittelstreckenraketen in Europa, über die seit 30. November 1981 in Genf verhandelt wird, und die strategischen Waffen, über deren Verminderung Gespräche am 29. Juni in Genf beginnen.

Mein Bericht umfaßt dann wieder die Ebene weltweiter Bemühungen um Abrüstung im Rahmen der UN, die Arbeit des Abrüstungskomitees in Genf und die Vorbereitungen zur zweiten Sondergeneralversammlung, die parallel zu unserer Tagung hier in Paris in New York stattfindet. Hier geht es darum, den Rüstungswettlauf weltweit zu beenden, der unverantwortlichen Ressourcenverschwendung, die jetzt schon mit 500 Milliarden Dollar weltweit beziffert wird, einen Riegel vorzuschieben, aber gleichzeitig auch ganz konkrete Vorschläge zu machen. In dem Bericht stellt sich der Ausschuß entschieden hinter die Vorschläge, daß ein umfassender Atomwaffenteststopp erfolgen soll, chemische Waffen, radiologische und Weltraumwaffen definitiv verboten werden sollen, um nur einige der in New York verhandelten Vorschläge hier herauszugreifen.

Bei all der Vielzahl von Einzelverhandlungen über Abrüstungen gibt es doch eine Interdependenz. Und es darf nie der Eindruck entstehen, als ob Abrüstungsgespräche eine technische Veranstaltung, ein Erbsenzählen, ein Sich-verlieren-in-Details seien.

Hinter den Abrüstungsverhandlungen muß ein politischer Wille stehen, eine klare Haltung in Richtung Abbau der militärischen Potentiale, wenn Fortschritte erzielt werden sollen, wenn wir als Politiker solche Verhandlungen, wie sie zum erstenmal in Wien seit neun Jahren bei den MBFR-Gesprächen stattfinden, irgendwann auch zum Erfolg führen sollen.

Bei aller Wertschätzung der Arbeit der Beamten, die sich mit viel Intensität um die Abrüstungsarbeit kümmern, die technischen Fragen, Fragen der Verifikation, alle diese wichtigen Punkte, muß ich doch betonen, daß der politische Druck vorhanden sein muß, wenn Fortschritte erreicht werden sollen.

Der Bericht gibt einen Überblick über die weltweite militärische Situation, über die Militärausgaben,

über den derzeitigen Stand der Abrüstungsverhandlungen. Aber er enthält auch einige eigene Vorschläge. Dazu gehört, daß wir in Europa zu dem Ergebnis gekommen sind, daß unsere Verbindungen zum Osten in Form des Handels intensiviert werden sollten.

Als Ökonomen sind wir uns zwar bewußt, daß die Konvergenztheorie, die Theorie, daß die Marktwirtschaft auf der einen Seite und die Zentralverwaltungswirtschaft auf der anderen Seite zueinander streben, nicht so funktioniert, nicht so lehrbuchhaft abläuft, wie es sich einige Wissenschaftler vorgestellt haben. Auf der anderen Seite sind wir uns bewußt, daß der Handel ein Bindeglied zwischen den Völkern darstellen soll, daß der Handel gegenseitige Abhängigkeiten bringt, zum Vorteil jeder Nation. Ein so verstandener Handel bringt ein Mehr an Vertrauen, ein Mehr an Völkerverständigung und kann deshalb auch ein Beitrag zum Frieden sein.

Daneben sehen wir den ganzen Katalog vertrauensbildender Maßnahmen. Dazu gehört — das ist im Bericht auch so ausgeführt — ein Waffenexportregister bei den Vereinten Nationen. Dazu gehört eine größere Haushaltstransparenz, damit man weiß, was die einzelnen Länder in ihren Haushalten für militärische Ausgaben ausweisen, aber auch, wieviel sie ausweisen für Entwicklungshilfe. Dazu gehört auch der Vorschlag, der ebenfalls aus Frankreich kommt, daß die UN langfristig ein Satellitenüberwachungssystem aufbaut, um einen besseren Überblick zu bekommen, was militärisch geschieht. Zur Zeit haben wir nur national solche Instrumente; es wäre besser, sie wären in internationaler Hand.

In dem Bericht ist noch ein weiterer Vorschlag gemacht: die derzeitigen Waffensysteme, die in der Regel geeignet sind, sowohl offensiv wie defensiv eingesetzt zu werden, zu ersetzen durch Waffensysteme, die primär für die Defensive geeignet sind. Dahinter steht die Überlegung, daß nur dann die Bereitschaft eines Landes zu erreichen ist, seine Potentiale abzubauen, wenn es sein Territorium verteidigen kann, ohne daß von diesen Waffen, die zur Verteidigung notwendig sind, für den Nachbarn eine Bedrohung ausgeht.

Die ganze Diskussion über die **Frage defensiver Waffen** steht am Anfang. Ich möchte hier nichts Apodiktisches erklären, indem ich etwa ein Patentrezept anbiete, aber ich finde, diese Überlegungen sind es wert, verfolgt zu werden.

Wenn wir uns bemühen, weniger für Rüstung auszugeben, ist es auch notwendig, den Weg defensiver Waffensysteme gründlich zu untersuchen, um Angreifer abzuwehren, Panzern mit Antitankwaffen zu begegnen, Antiflugzeugwaffen zu entwickeln. Die Aufwendungen dafür sind wesentlich niedriger, und es könnte auf diese Weise nicht nur der Rüstungswettlauf beendet, sondern es könnten auch die gesamten Rüstungskosten gesenkt werden. Deshalb bitte ich um wohlwollende Prüfung des Vorschlages, der in der weiteren verteidigungspolitischen Diskussion einen Beitrag leisten kann.

In dem Bericht wird auch in aller Deutlichkeit der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklungspolitik dargelegt. Wir verstehen die Militärausgaben zur Erreichung des Kräftegleichgewichts als einen Beitrag, als ein Element, den Frieden stabiler zu machen. Aber wenn wir in der Lage sind, durch Abrüstung ein gleichgewichtiges niedriges militärisches Niveau zu erreichen, sollten die freiwerdenden Mittel vorwiegend dazu verwendet werden, an anderer Stelle friedenstabilisierend zu wirken.

Die Entwicklungshilfe ist ein Element der Friedensstabilisierung, indem soziale Konflikte in Ländern der Dritten Welt abgebaut werden, indem wir einen Beitrag leisten, daß Spannungen in der Dritten Welt gar nicht entstehen und Kriege möglicherweise verhindert werden. Ich möchte diesen Zusammenhang hier betonen und habe mich sehr gefreut, daß diese Überlegungen auch vom Ausschuß getragen werden.

Der Bericht kann nicht auf die Ergebnisse der Sondergeneralversammlung eingehen, da sie noch bis Anfang Juli läuft. Es lag aber in der Intention, den Bericht später vielleicht zu ergänzen. Im November könnten dann der Versammlung die Ergebnisse der Sondergeneralversammlung mitgeteilt und auch hier zur Verfügung gestellt werden.

Im übrigen darf ich mich nochmals für all die Beiträge, die ich während der Beratung des Berichtes im Ausschuß erfahren konnte und die in der Mehrzahl auch geeignet waren, den Bericht substantiell zu verbessern, bedanken. — Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich danke unserem Kollegen Vohrer ausdrücklich für seinen vorzüglichen Bericht über die Abrüstung, den er am heutigen Vormittag in seinem Vortrag so eindrucksvoll vorgestellt hat. Es handelt sich bei diesem Thema auf der einen Seite um notwendige Maßnahmen der äußeren Sicherheit und zum anderen um sinnlos überzogene Ausgaben der Rüstung.

Mit bald 500 Milliarden Dollar jährlich glauben Regierungen und Kabinette irrtümlicherweise, ihre absolute Sicherheit erkaufen zu können. Das sieht in der Praxis so aus, daß auf jeden Menschen dieser Erde Tonnen, nicht nur Kilogramm, sondern Tonnen von Sprengstoff entfallen. Mit den vorhandenen Kampfmitteln kann die Menschheit nicht nur einmal, sondern mehrfach ausgerottet werden. Man fragt sich: Genügt eine Vernichtung nicht? Ist ein Mehr an Möglichkeiten totaler Ausschaltung ein größerer Garant für die Sicherheit unserer Zukunft? Sicher würde den Überlebenden einer Kernwaffenauseinandersetzung Schlimmeres widerfahren als den sogleich Getöteten.

Welche Konsequenzen sollten sich aus dieser nicht nur utopischen Horrorvorstellung, sondern durchaus real möglichen Situation ergeben? Zunächst Schluß mit den Kernwaffenversuchen, dem fortwährenden Wettrüsten und dafür die substantielle Verminderung der Kernwaffen! Vor der Aufstellung von Waffen mit noch mehr Sprengköpfen und noch größerer Massenvernichtungskraft sollten Verhandlungen der Vernunft geführt werden. Ich wünsche ih-

rem ersten Beginn in Genf einen vollen Erfolg. Waffensysteme mit eindeutig defensivem Charakter schaffen und ein echtes Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte herbeiführen muß das Gebot der Stunde sein. Nicht die ständige Kriegsgefahr sollte den Normalfall im Nebeneinanderleben der Völker ausmachen, nicht das Überleben im Konfliktfall sollte primär das Ziel der Politik sein, sondern das Heute-und-morgen-in-Frieden-leben-können muß uns vorrangig bewegen.

Dazu dienen unter anderem kernwaffenfreie Zonen und das Verbot chemischer und bakteriologischer Waffen sowie des Einsatzes von Waffen aller Art im Weltraum. Erfolg kann diesen Vorschlägen nur beschieden sein, wenn eine entsprechende internationale Kontrolle besteht.

Der Berichterstatter sieht in der Beseitigung wirtschaftlicher Konflikte Chancen für die Reduzierung der militärischen Bedrohung. Also nicht Wirtschaftsboykott-Maßnahmen, sondern die Verstärkung der Handelsbeziehungen zwischen den Machtblöcken und zwischen Nord und Süd dienen dem Frieden.

Während die Industriestaaten und heute auch schon Entwicklungsländer Unsummen von Geld in die Rüstung stecken, vertrocknen und veröden ganze Landstriche, vermindern sich die Lebensgrundlagen und verhungern Millionen von Menschen. Die **Kostenexplosion auf dem Rüstungssektor** verhindert die Durchführung sozialer Maßnahmen, von Investitionen und Entwicklungsprojekten.

Demgegenüber könnte das Nord-Süd-Gefälle durch Einsparung von Rüstungskosten verkleinert werden, könnten die Entwicklungsländer mit nichtmilitärischen Gütern versorgt und ihnen die Erkenntnisse der Medizin, der Wissenschaft und Technik zugänglich gemacht werden.

Diesem erstrebenswerten Ziel, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, kann die Annahme der vorliegenden Empfehlung durch unsere Versammlung und durch unseren persönlichen Einsatz bei den nationalen Etatberatungen dienen. — Schönen Dank.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich darf mich für die Beiträge herzlich bedanken. Die Kollegen Dejardin, van den Bergh und Scholten haben dabei darauf hingewiesen, daß der Waffenexport restriktiver geregelt werden müsse. Ich weiß aus meinem eigenen Parlament, wie schwierig es ist, Kriterien zu finden, um die Exporte einzuengen. Ich glaube aber, in dem Bericht stecken zwei Vorschläge, die in die Richtung gehen, die hier gewünscht wird, nämlich zum ersten ein Waffenexportregister bei den Vereinten Nationen und zum anderen — bei all dem Streitigen — ein Reduzieren der Waffenexporte auf Defensivwaffen. Damit wäre ein Beitrag geleistet, daß Waffen nicht weiter die negativen Wirkungen haben, die in verschiedenen anderen Beiträgen, so von Herrn Fosson und Herrn Enders, erwähnt wurden.

Mein britischer Kollege Brown hat darauf hingewiesen, daß man aus **Falkland** lernen muß. Er hat gesagt, wie schwierig es für die Vereinten Nationen ist, Konflikte beizulegen, diese zu managen. Für alle die, denen Abrüstung und Konfliktlösungen am Herzen liegen, wurde beim Falkland-Konflikt natürlich auch noch etwas anderes deutlich, daß nämlich oftmals Vorwarnzeiten von mehreren Wochen nicht ausreichen, um die beiden Kontrahenten zum Einlenken zu bewegen. Unter den Erkenntnissen aus dem Falkland-Konflikt war diese vor dem Hintergrund von Minutenvorwarnzeiten in anderen Bereichen die schockierendste.

Der Kollege Hardy hat darauf hingewiesen, daß auf der einen Seite etwa die Ökologie steht, die Notwendigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse. Auf der anderen Seite stehen die Militärausgaben. Wenn der Bericht dem einen oder anderen Kollegen den Zusammenhang stärker ins Gedächtnis ruft, hätte der Bericht schon allein dadurch einen Sinn bekommen.

Was Sir Frederic Bennett und sein Kollege Smith hier dargelegt haben, steht in der Tat im Widerspruch zu meinen Überlegungen. Dabei stimmt eines meiner Ansicht nach nicht, wenn nämlich Sir Frederic sagt, er sei für Abrüstung, im Ausschuß aber deutlich macht, jetzt sei nicht die Zeit für Abrüstung, sondern für verstärkte Rüstungsausgaben. Das ist ein Widerspruch, und ich freue mich, wenn Sir Frederic Bennett gegen den Bericht stimmt, denn es gibt in der Tat wenig Gemeinsames in unseren Haltungen.

Der französische Kollege Beix hat einen Antrag gestellt. Er möchte die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen stärker im Bericht berücksichtigt sehen. Dies ist Allgemeingut, da gibt es wenig Divergenzen. Insofern kann ich dem zustimmen. Viel interessanter war für mich zu hören, daß er eine positive Haltung zu einem Nuklearteststopp einnimmt. Ich würde mich sehr freuen, wenn sich dies in Genf als offizielle französische Haltung niederschlagen würde.

Herzlichen Dank für die Beiträge. Ich würde mich freuen, wenn der Bericht, der in den Beiträgen eine sehr positive Würdigung gefunden hat, in der Abstimmung ihre Zustimmung finden könnte.

Empfehlung 382

betr. die Abrüstung

Die Versammlung

(i) berücksichtigt, daß die Zweite Sondersitzung über Abrüstung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 7. Juni 1982 eröffnet wurde;

(ii) ist sich bewußt, daß es seit der Ersten Sondersitzung im Jahre 1978 im Bereich der Rüstungskontrolle nur unbedeutende und im Bereich der Abrüstung gar keine Fortschritte gegeben hat;

(iii) ist sich bewußt, daß die weltweiten Verteidigungsausgaben in der Zwischenzeit auf mehr als 500 Milliarden Dollar pro Jahr angestiegen sind;

(iv) erinnert an ihre Empfehlung 323 vom 21. November 1978;

empfiehlt dem Rat,

die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich aufzufordern, in allen geeigneten Gremien konzertierte Initiativen zu ergreifen, um folgende Ziele zu erreichen:

1. Förderung der Abrüstung:

   a) durch Entwicklung von ausgedehnteren, aber ausgewogenen Handelsbeziehungen zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd;

   b) durch Untersuchung der Möglichkeit, Waffensysteme zu entwickeln, die eindeutig defensiven Charakter hätten;

   c) durch Gewährleistung der Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen dargelegten Prinzipien, insbesondere die friedliche Beilegung von Streitigkeiten (Artikel 33), das Recht auf Sicherheit und rechtmäßige Verteidigung (Artikel 51) und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung;

2. in der gesamten Welt eine substantielle Verminderung des Kernwaffenniveaus und in Europa die „Null-Option" im Rahmen der INF-Verhandlungen und die Herstellung eines erheblich reduzierten Niveaus und echten Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte sicherzustellen;

3. sich darum zu bemühen, innerhalb kürzester Zeit eine Einigung über die folgenden spezifischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen sowie vertrauensbildenden Maßnahmen zu erzielen;

   a) auf Weltebene:

      (i) ein vollständiges Verbot der Herstellung, Lagerung und Verwendung chemischer und toxischer Waffen, in erster Linie durch Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion;

      (ii) ein vollständiges Verbot der Kernwaffenversuche, in erster Linie durch Wiederaufnahme der trilateralen Gespräche zwischen dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, um ein Abkommen zu den bereits 1980 vereinbarten Bedingungen zu schließen;

      (iii) die Änderung des 1967 geschlossenen Weltraum-Vertrages, um den Einsatz von Waffen aller Art im Weltraum oder vom Weltraum aus zu verbieten;

      (iv) die Einrichtung einer internationalen Satellitenkontrollagentur in Übereinstimmung mit dem Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen;

      (v) die Aufstellung eines Registers der internationalen Waffentransfers, das vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgearbeitet und veröffentlicht werden sollte;

      (vi) die Benennung einer Sachverständigen-Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen, um andere Verteidigungssysteme, die den Einsatz von Kernwaffen ausschließen, zu untersuchen;

   b) auf europäischer Ebene:

      (vii) ein Abkommen über die Phase I der MBFR sowie ständige Verifizierungsmaßnahmen, die während der Gesamtdauer des Abkommens anwendbar sind;

      (viii) eine Konferenz über Abrüstung in Europa, entsprechend dem französischen Vorschlag aus dem Jahre 1978;

      (ix) die Verstärkung der vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa;

4. eine Rüstungsreduzierung in den Ländern der Dritten Welt zu erzielen, wobei die Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts ein Beispiel geben sollten, indem sie ihre nuklearen und konventionellen Waffen reduzieren und überzählige oder veraltete Waffenbestände abbauen und auflösen und, sobald tatsächliche Abrüstungsmaßnahmen verwirklicht werden, die dadurch freigewordenen Mittel an die Entwicklungsländer weiterleiten.

Tagesordnungspunkt:

Das Problem der Nuklearwaffen in Europa

(Drucksache 918)

Berichterstatter: Abg. Mommersteeg

Dr. Wittmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Mommersteeg für diesen Bericht auch meinerseits danken. Es ist ein sehr sorgfältiger Bericht und eine klare Position unserer Versammlung, die wir hier einnehmen können. Etwas muß besonders unterstrichen werden:

Ich glaube, wenn wir in Europa unsere Politik im Sinne einer effektiven Verteidigung durchsetzen wollen, brauchen wir eine aktive Informationspolitik, wie es der Bericht angesichts vieler Menschen, die Angst haben und in ihrer Angst irregeleitet werden, ausdrückt.

Wir erleben jetzt in der sogenannten **Friedensdebatte** zum Teil wieder etwas, was wir schon Ende der 50er Jahre erleben mußten, als es die Anti-Atomtod-Kampagne gab, eine ähnliche, wenn auch nicht so umfangreiche Kampagne. Und Ende der 60er Jahre gab es bei uns in Deutschland eine entsprechende Kampagne, als wir unsere Verfassung auf die Notwendigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit umstellen mußten. Jetzt ist die Debatte und ist die Kampagne sehr viel umfassender, und zwar nicht nur in Deutschland. Sie richtet sich vor allem gegen die USA — ich bin sehr dankbar für das, was der Herr Berichterstatter dazu zum Schluß gesagt hat —, und sie richtet sich gegen die Existenz des

Nordatlantischen Bündnisses — eine große Gefahr meines Erachtens in unserer öffentlichen Meinung.

Der Bericht hat nicht zum Ziel gehabt — man konnte es nicht und wollte es vielleicht auch nicht, weil sonst die Diskussionen im Ausschuß noch kontroverser geführt worden wären —, einmal die Rolle zu untersuchen, die die Sowjetunion bei dieser Kampagne letzten Endes spielt. Vielleicht kann man das in späterer Zeit einmal an Hand von Unterlagen nachholen. Ich glaube, es ist ein Meisterstück sowjetischer Propaganda, daß man bei uns hier im freien Westen jetzt nur über die Nachrüstung redet, nicht über den Doppelbeschluß als solchen und nicht über die Rüstung der Sowjetunion — wenigstens im großen und ganzen.

Es scheint, daß sich jetzt zu verwirklichen droht — und wir müssen alles tun, damit das nicht eintritt —, was der Chef der Komintern 1931 gesagt hat, Dimitri Manuilski. Er sagte — ich zitiere —:

> Um zu siegen, brauchen wir ein Element der Überraschung. Die Bourgeoisie muß die theatralischste Friedensbewegung entfachen, die je existiert hat. Es wird elektrisierende Vorschläge und außerordentliche Zugeständnisse geben.

Er sprach das vor 50 Jahren aus. Vielleicht verdanken wir es der NATO und unserer Politik, daß es in den letzten 30 Jahren nicht soweit gekommen ist, sondern daß der Erfolg der Sowjets noch nicht eingetreten ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die Friedensbewegung diskutieren, über die ernstzunehmenden Ängste vieler Menschen, dürfen wir nicht übersehen, daß Anfang der 70er Jahre eine Weisung für die Stäbe des Warschauer Paktes gegeben wurde, in der es heißt:

> Es ist erlaubt, diese Gespräche zu führen und Spannungen zu lockern. Aber das hat nur mit Worten zu geschehen und der Irreführung und Schwächung des Gegners zu dienen. Wer solche Phrasen selbst für ernst nimmt, ist ein Verräter.

Das sehen wir ja auch schon an der bereits erwähnten Behandlung der Menschen, die auch im Osten für den Frieden eintreten wollen.

Nun, meine Damen und Herren, der Apparat der Sowjetunion, der sich in viele Organisationen aufteilt und der auch auf viele Organisationen, die als kommunistisch oder moskauhörig gar nicht erkennbar sind, Zugriff hat, der versucht hier bei uns diese Bewegungen sicherlich zu steuern — durch Einfluß-Agenten, Organisatoren, aber auch durch finanzielle Mittel.

Der finnische Kommunist Kuusinen hat im Jahre 1926 einmal gesagt — und das scheint sich jetzt zu zeigen —, man müsse sonnensystemartig mit Organisationen und kleinen Komitees einen engen Kreis um die kommunistische Partei — gemeint war die Finnlands und der Sowjetunion — bilden.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt etwas mehr Aufschluß über die sogenannte Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn. Wir wissen inzwischen sicher, daß von fünf Marschsäulen, die auf den Platz zugingen, drei von den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen organisiert und geführt waren. Das ist inzwischen sichere Erkenntnis.

Was ist zu tun in dieser Situation? Die Propaganda stößt auf eine wirkliche Angst der Menschen. Sie stößt auf fehlende Information bei Menschen, die Ziele und Mittel einer Diktatur — ich sage: Gott sei Dank — nicht mehr kennengelernt haben — ich meine die Nazi-Diktatur — und über die Sowjetunion und ihre Ziele wenig wissen. Ich glaube, Voraussetzung für eine Politik der Information über das, was die NATO tun muß, ist, zu wissen, was der Kommunismus will, was er kann, wozu er fähig ist. Dann erst können wir mit der Information darüber kommen, was wir dagegenstellen können.

Sicher ist eines wichtig: daß wir den Menschen auch den Wert der Freiheit darstellen und zeigen, daß es sich lohnt, für diese Freiheit einzutreten. — Ich danke, Herr Präsident.

Bahr (SPD): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Mommersteeg, mit der gewohnten Qualität seiner Berichte, war so freundlich, die Palme-Kommission und ihren Bericht zu erwähnen. Ich möchte doch im Anschluß an das, was er gesagt hat, darauf hinweisen, daß unserer Auffassung nach im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung Sicherheit nur noch als gemeinsame Sicherheit erreichbar ist. Ich glaube, daß es richtig ist, daß man Sicherheit nicht mehr gegen den möglichen Gegner, sondern nur noch mit ihm bekommen kann. Und ich verweise ausdrücklich auf das, was der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang gestern vor den Vereinten Nationen gesagt hat. Wenn wir über Sicherheit in Europa und über gemeinsame Sicherheit reden, so bedeutet das natürlich auch, daß wir Sicherheit nicht ohne das Bündnis und nicht ohne die Vereinigten Staaten bekommen können. Ich halte es für eine Illusion, irgendwelchen Gedanken nachzugehen, die, wie immer begründet, eine Abkoppelung von den Vereinigten Staaten zur Folge haben würden.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir ein Wort zu dem Appell, den der französische Außenminister heute vormittag an uns gerichtet hat. Die Geschichte Europas in den Fragen der Sicherheit ist ja in den letzten 20, 30 Jahren eigentlich ein Trauerspiel. Europa ist nicht in der Lage gewesen, seine eigene Sicherheit zu garantieren. Und ich bin überzeugt davon, daß es auch künftig nicht in der Lage sein wird, seine Sicherheit ohne die Vereinigten Staaten zu organisieren und zu garantieren. Aber wenn Herr Cheysson heute vormittag gesagt hat, daß diese Versammlung hier die einzige gewählte sei, die befugt sei, den Regierungen auf diesem Gebiet Empfehlungen zu geben, dann finde ich, hat er recht. Ich möchte diesen seinen Appell ausdrücklich unterstützen. Es wäre wohl wert, daß die Versammlung eine Gelegenheit benutzt, um sich über die Fragen der **europäischen Interessen** innerhalb der NATO Klarheit zu verschaffen.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten gehen auf der Ebene der interkontinentalen Waffen und auf der Ebene der Mittelstreckenwaffen vor sich. Europa ist in dieser Zeit bisher nicht in der Lage gewesen, seine Interessen zu formulieren.

Wenn wir über die europäischen Interessen sprechen, dann müssen wir natürlich auch sehen, daß Europa nicht mit den Ländern identisch ist, die in dieser Versammlung vertreten sind. Ich will nur darauf hinweisen, welche hochinteressante Rede der spanische Ministerpräsident aus Anlaß der Aufnahme Spaniens in die NATO gerade in Bonn gehalten hat, wo er darauf hinwies — nicht nur, indem er in einem Nebensatz Gibraltar erwähnte —, daß Spanien seine Interessen gegenüber Lateinamerika auch in der NATO vertreten werde. Das heißt, wir werden zu entscheiden und zu unterscheiden haben: Wie sind die Interessen Europas im Rahmen der NATO eigentlich zu definieren und zu formulieren? Und dies ist einer großen Anstrengung wert, insbesondere, nachdem es bisher keine systematische Arbeit darüber gibt, welche Positionen Europa in der strategischen Debatte einnimmt, die heute stattfindet.

Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß die NATO in Bonn einen Streit beendet hat. Es lohnt nicht mehr, zu streiten, ob mit oder ohne Entspannung; beide Säulen des Harmel-Berichts sind von der NATO-Konferenz bestätigt worden. Aber die NATO war nicht in der Lage oder sah sich jedenfalls nicht imstande, über die strategischen Debatten zu befinden oder eine eigene Meinung zu äußern, die sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa stattfinden: die Frage des Erstgebrauchs von atomaren Waffen, vielleicht im europäischen Sinne noch wichtiger, die Gefahr eines frühen Gebrauchs atomarer Waffen, ein Punkt, auf den der Bericht der Palme-Kommission ausdrücklich hingewiesen hat.

Ich bin also der Überzeugung, daß es wichtig wäre, wenn wir auch in unserer Versammlung einen solchen Versuch machten. Das ist der Grund, weshalb ich bei dieser Gelegenheit den Änderungsantrag oder die Abweichung, die unser Kollege Pignion für den Bericht vorgeschlagen hat, ausdrücklich unterstützen will. Es ist das Natürlichste, daß Europa seine europäischen Gesichtspunkte formuliert. Es ist das Notwendigste, daß dies innerhalb der NATO geschieht. Beide Gesichtspunkte sind in seinem Änderungsantrag ausgedrückt. Ich bitte Sie, mit dem Bericht auch diesen Änderungsantrag zu unterstützen. — Vielen Dank.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Vor einigen Jahren schenkte die Sowjetunion den Vereinten Nationen ein Denkmal, das vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York steht und das einen Schmied zeigt, der ein Schwert zu Pflugscharen umschmiedet: ein Symbol der Friedensbewegung, etwas, was von jedermann anerkannt werden kann.

Nun wissen wir, daß es zum Beispiel im anderen Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, eine Bewegung gibt unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen", daß aber genau diejenigen, die dieses Motto benutzen, dort verfolgt werden. — Sie mögen daran erkennen, wie zweischneidig dieses Schwert ist, das im Rahmen der **Friedensbewegung** von bestimmten Seiten geführt wird.

Ich glaube, niemand unterstellt den Hunderttausenden, wo immer sie demonstrieren, daß sie von den Zielen sowjetischer Politik überzeugt sind oder daß sie sich für sowjetische Politik einsetzen. Nur müssen wir feststellen, daß sie zu einem großen Teil natürlich dafür mißbraucht werden können. Mißbrauch im Zusammenhang mit dem Wort „Frieden" ist ja nichts Neues. Ich erinnere daran, daß selbst eine Partei, die davon überzeugt war, den richtigen Durchblick im Verhältnis zum Faschismus und Nationalsozialismus in Deutschland gehabt zu haben, wie die sozialdemokratische Partei, sich am 17. Mai 1933 im Deutschen Reichstag von einem Mann wie Adolf Hitler täuschen ließ, der damals seine Friedensresolution vor den Deutschen Reichstag brachte, obwohl man genau wußte, daß er insgeheim schon eine andere Politik vorbereitet hatte.

Was wollte ich mit dieser Lehre aus der Geschichte sagen? Ich wollte sagen, daß man sich nicht von Worten täuschen lassen darf, sondern daß man die Realitäten einer Militarisierung sehen muß, wie sie etwa in bestimmten Teilen des Warschauer Paktes stattfindet, einer Militarisierung, die nicht bei den Raketen und bei den konventionellen Waffen beginnt, sondern beim Kriegsspielzeug und der wehrpolitischen Erziehung der Schüler in den Schulen und in den Kindergärten. Das macht es natürlich so schwierig, innerhalb der Friedensbewegung die richtigen Akzente zu setzen.

Wir wissen auch, daß zum Beispiel in meinem eigenen Land, der Bundesrepublik, diejenigen, die die Friedensbewegung anführen oder ihr wesentliche Impulse geben wie etwa die Zeitschrift „Konkret" ihre Wirkungsmöglichkeit bzw. ihre Gründung Geldern verdanken, die aus der Deutschen Demokratischen Republik gekommen sind. Die Gründung und Finanzierung sind extra für diesen bestimmten Zweck erfolgt. Wenn man das weiß, weiß man auch, daß man gegenüber Friedensparolen natürlich vorsichtig zu sein hat.

Ich möchte übrigens etwas richtigstellen, lieber Kollege Mommersteeg, was Sie sagten und was nicht ganz der Wirklichkeit entspricht. Sie erwähnten, daß im Zusammenhang mit der Friedensbewegung selbst ein Mitglied meiner eigenen Partei, der CSU, nämlich Herr Mechtersheimer, ausgeschlossen worden sei. Das ist falsch. Er ist aus der CSU ausgetreten. Er ist nie ausgeschlossen worden. Er ist, bevor ein Verfahren endgültig abgeschlossen war, ausgetreten. Er wurde auch nicht verfolgt, was ganz entscheidend ist, weil er der Friedensbewegung angehört. Da gibt es eine ganze Reihe von Leuten, die dort mitmachen und zum Beispiel meiner Partei angehören. Ob ich das für richtig oder falsch halte, ist eine ganz andere Frage. Herr Mechtersheimer wurde deswegen mit Ausschluß bedroht, weil er in einer kommunistischen Zeitung Aufsätze veröffentlicht hat. Wir finden es nicht sehr sinnvoll, wenn ei-

ner einer Partei angehört und einer anderen Partei in ihren Parteiorganen sozusagen die Feder leiht.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung zur **Öffentlichkeitsarbeit** machen. Genau dieser Punkt, den Sie in Ihrem Memorandum erwähnt haben, scheint mir ganz entscheidend zu sein. Nehmen wir zum Beispiel den Anhang 3 Ihres vorzüglichen Berichts. Sie zitieren dort den Vertreter der Sowjetunion hier in Paris. Er nennt die Zahlen der westlichen Raketen, und wir mußten feststellen, daß es kaum einen Unterschied gibt — es geht um 30 Stück — im Verhältnis zu den Äußerungen des Westens. Wir wissen, daß die Sowjetunion für ihre Waffen selbst keine solche Informationspolitik betreibt. Durch eine Ungleichgewichtigkeit in der Informationspolitik findet eben auch eine einseitige Beeinflussung der Öffentlichkeit statt.

Wir stellen immer wieder fest, daß zum Beispiel die Massenmedien außerordentlich einseitig tätig sind. Wir wissen, daß fast alle Redakteure der wichtigsten Nachrichtensendung des Deutschen Fernsehens einen Aufruf für den „Krefelder Appell" in einer Zeitungsanzeige unterstützt haben. Dieser Aufruf wurde, wie wir alle wissen, im Hintergrund von der Deutschen Kommunistischen Partei gesteuert. Selbst hier in dieser Versammlung können Sie beobachten, wie das Fernsehen in unserem Lande so im einzelnen reagiert, wie einseitig es ist, wann es Aufnahmen macht und wann es keine Aufnahmen macht. Sie mögen daran erkennen, daß es durchaus noch graduelle Unterschiede zwischen dem Fernsehen in Ostblockstaaten und im Westen und speziell in der Bundesrepublik gibt. Vor allem auf dem Gebiet der Bildqualität sind sie im Westen wesentlich besser; was die Objektivität anbetrifft, muß man feststellen, daß gewisse Lücken auftreten, die es natürlich erleichtern, im Rahmen der Friedensdemonstration einseitige Informationen zu liefern. Damit wird leider nicht zur Entspannung beigetragen, die wir alle wollen, sondern zu einer Verquerung der Fronten.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Mommersteeg danken und ihn beglückwünschen zu seinem zutreffenden Bericht. Ich bin sicher, Herr Mommersteeg, daß er vielen Politikern in Europa als Grundlage für ihre Diskussion über dieses so wichtige Thema dienen wird — weit über den Tag hinaus, an dem Sie, Herr Kollege Mommersteeg, die WEU verlassen.

Es ist ganz unmöglich, sich in wenigen Minuten mit all den Problemen auseinanderzusetzen, die Sie in dem Bericht behandeln. Deshalb möchte ich mich auf einige wenige Aspekte beschränken. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, nochmals, daß Sie mir, obwohl ich mich soeben erst zu Wort gemeldet habe, noch das Wort erteilt haben. Denn in der Tat: Ich komme gerade von der zweiten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York und stehe noch unter dem Eindruck sowohl der friedlichen Massendemonstrationen dort als auch der nachdrücklichen Forderung aus der Dritten Welt, den Rüstungswahnsinn zu beenden und die dafür aufzuwendenden Mittel freizumachen zur Bekämpfung des Hungers und der Not in der Welt. Das war auch der Grund, warum ich mich gemeldet habe.

Viele meiner Vorredner haben schon die Tatsache behandelt, daß stärker als je zuvor die Sehnsucht nach Frieden die Völker der Welt beherrscht und durch die Friedensbewegungen in vielen Staaten ins Zentrum der Diskussion der Bürger gerückt ist. Das gilt natürlich nicht nur für Länder wie unsere freien Demokratien, in denen die Meinungsäußerung ja zu den selbstverständlichen Grundrechten gehört, sondern das gilt natürlich auch beispielsweise für Länder des Warschauer Paktes, in denen freie Meinungsäußerungen nach wie vor unterdrückt und verfolgt wird. Auch dort wachsen die Befürchtungen. Wir müssen dies sehen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, ja unsere Verpflichtung, **Sicherheitspolitik** als Teil einer weltweiten Friedenspolitik zu begreifen, diese Sicherheitspolitik aber — und das gilt ja bei uns seit dem Harmel-Bericht 1967 — auf zwei feste Säulen zu begründen.

In Europa, meine Damen und Herren, kann es keine Sicherheit geben ohne ein ungefähres Gleichgewicht der militärischen Kräfte. Wir als Deutsche sind natürlich an der Nahtstelle vom konventionellen Übergewicht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und von der Aufstellung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen besonders betroffen. Herr Mommersteeg hat darauf verwiesen und eine Zahl von 300 Mittelstreckenraketen genannt, die zum großen Teil auch auf uns gerichtet sind. Deshalb streben wir nach einem militärischen Gleichgewicht zwischen West und Ost durch Verträge.

Das Streben nach Gleichgewicht allerdings reicht nicht aus. Denn es birgt andererseits die Gefahr in sich, daß eine Eskalation, eine wechselseitige Anhebung auf ein jeweils höheres Niveau stattfindet. Natürlich wissen wir, daß ein Grund dafür das übertriebene und für uns völlig unverständliche Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion ist. Deshalb dürfen wir die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht abbrechen. Im Gegenteil, wir müssen sie fortführen. Wir können auch verlangen, daß die Nuklearmächte ihre Verpflichtungen erfüllen, die sie im Non-Proliferations-Vertrag eingegangen sind, nämlich Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens.

Wir begrüßen es deshalb, daß auch Generalsekretär Breschnew dem Vorschlag Präsident Reagans für einen baldigen Verhandlungsbeginn zugestimmt hat. SALT II ist ja bedauerlicherweise nicht ratifiziert worden, aber wir hoffen, daß am 29. Juni, wenn die Verhandlungen zu START beginnen, dieser Bereich der strategischen Nuklearwaffen in den Verhandlungen zwischen den beiden Nuklearmächten vorangebracht wird.

Präsident Reagan hat kürzlich in Berlin ein neues Thema eingeführt, nämlich das Thema vertrauensbildender Maßnahmen zur Verhinderung eines nuklearen Konfliktes durch Zufall oder durch ein Mißverständnis.

Ich möchte Herrn Mommersteeg auch dafür danken, daß er in seinen Bericht und in seine Empfehlung

auch die Jackson-Forderung aufgenommen hat. Die Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme, die im November des vergangenen Jahres in Genf begonnen haben, unterstützen wir voll. Den Vorschlag, der von seiten der Vereinigten Staaten kam, auf landgestützte nukleare Mittelstreckensysteme zu verzichten, unterstützen wir natürlich erst recht, denn das wäre ja die Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie.

Die militärische Stabilität — das muß hier auch deutlich gesagt werden — darf sich aber nicht nur auf die nuklearen Potentiale beschränken. Denn wir alle wissen, daß im Zweiten Weltkrieg durch konventionelle Waffen 25 bis 30 Millionen Menschen ihr Leben verloren haben und daß die Anwendung konventioneller Waffen heute genauso schrecklich sein kann wie die Anwendung nuklearer Waffen. Deswegen wollen wir in der KSZE-Folgekonferenz von Madrid darauf hinwirken, daß dort nach dem französischen Vorschlag **ein Mandat für eine Konferenz über Abrüstung** zustande kommt.

Dabei müssen Stabilität und Berechenbarkeit durch eine Vielzahl von Maßnahmen gefördert werden, die in ganz Europa, und zwar vom Atlantik bis zum Ural, gelten müssen.

Ich habe schon gesagt, daß in diesen Tagen und Wochen — am Wochenende in New York, in der vergangenen Woche in Bonn — viele hunderttausend Menschen, geängstigt von der Vorstellung einer heillosen Überrüstung, auf die Straße gegangen sind.

Ich meine deshalb, daß alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen — dies geht auch aus dem Bericht des Kollegen Mommersteeg hervor —, aus diesem Teufelskreis von Vorrüstung und Nachrüstung endlich herauszukommen und der Ungeduld der Menschen gerecht zu werden. Wir sollten die große positive, die große moralische Kraft, die in der Bewegung für eine wirksame Abrüstung deutlich wird, nicht unterschätzen. Sie muß für uns als Ansporn und als moralische Verpflichtung gelten für unser politisches Handeln. — Vielen Dank.

Mittwoch, 16. Juni 1982

Tagesordnungspunkt:

Die Falkland-Krise

(Drucksache 907)

Berichterstatter: Abg. Cavaliere

Der Bericht wird auf Antrag des Berichterstatters an den Ausschuß zurückverwiesen

Tagesordnungspunkt:

Das Problem der Nuklearwaffen in Europa

(Fortsetzung der Aussprache)

Abg. Dr. Geßner nimmt zu einem von ihm eingebrachten Änderungsantrag Stellung:

Dr. Geßner (SPD): Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ging mir lediglich darum, eine Passage in den Resolutionsentwurf einzuführen, in der unsere Genugtuung zum Ausdruck kommt, daß sich beide Weltmächte so verhalten, als sei der SALT-II-Vertrag ratifiziert worden. Es ist Ihnen bekannt, daß dies nicht tatsächlich geschehen ist; aber Sie wissen, daß beide Weltmächte im Grunde genommen doch Einigkeit in bezug auf ihr Verhalten erzielt haben.

Nachdem mein Petitum aber auch in dem zum Ausdruck kommt, was Kollege Mommersteeg sagt, ziehe ich meinen Antrag zurück und plädiere dafür, daß der Antrag des Kollegen Mommersteeg akzeptiert wird. — Ich bedanke mich.

Es werden Änderungsanträge von den Abg. Pignion und Mommersteeg vorgelegt. Abg. Pignion äußert in der Begründung seines Antrags, daß dem Rat damit eine volle und direkte Verantwortung für die Entwicklung einer europäischen Position gegeben werde und die Versammlung die Möglichkeit erhalte, die Diskussionen im Nordatlantikrat zu verfolgen.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine Kollegen! Bei allem Respekt vor dem Kollegen Pignion möchte ich doch sagen, daß Herr Mommersteeg recht hat: Bei Annahme dieses Antrages würde es zu einer Vermischung der Zuständigkeiten kommen. Man kann nicht einfach hier im Rat der WEU Zuständigkeiten an sich ziehen, die im Nordatlantischen Rat liegen. Ich glaube, der Weg, den der Kollege Mommersteeg hier vorgeschlagen hat, ist der einzig gangbare und richtige Weg. Insofern möchte ich den Antrag Mommersteeg unterstützen und den Antrag Pignion zurückweisen.

Empfehlung 383

betr. das Problem der Kernwaffen in Europa

Die Versammlung

(i) glaubt, daß das Kräfteverhältnis aller Nuklearstreitkräfte nur in seiner Gesamtheit beurteilt werden kann, stellt jedoch fest, daß die Sowjetunion bei den schweren Interkontinental-Flugkörpern und bei den Mittelstreckenkräften eine beunruhigende Überlegenheit hat, während der Vorsprung der Vereinigten Staaten bei der Gesamtzahl nuklearer Gefechtsköpfe reduziert worden ist;

(ii) glaubt, daß Rüstungskontrolle und angemessene Verteidigungsmaßnahmen zwei Seiten einer ausgewogenen Sicherheitspolitik darstellen, deren Ziel es ist, Krieg — nicht nur Atomkrieg — zu verhindern;

(iii) unterstreicht die Bedeutung des konventionellen Elements der NATO-Abschreckungsstreitkräfte;

(iv) wiederholt ihre Überzeugung, daß der Doppelbeschluß der NATO vom 17. Dezember 1979

nach wie vor die Grundlage zur Korrektur des Ungleichgewichts bei den Mittelstreckenkräften — eines Ungleichgewichts, das durch die bisher verzeichnete Dislozierung von 300 SS-20-Raketen erhöht worden ist, — wie auch zur Verhandlung über die Null-Option darstellt;

(v) bedauert, daß SALT II noch immer nicht ratifiziert ist, obwohl die Versammlung und alle NATO-Regierungen das SALT II-Abkommen bei seiner Unterzeichnung als einen Schritt in einem notwendigerweise kontinuierlichen Prozeß der Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen unterstützten, und daß seit seiner Unterzeichnung beinahe drei Jahre ohne weitere Fortschritte vergangen sind;

(vi) begrüßt die Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie von allen Aktionen, die die bestehenden Abkommen über strategische Waffen unterlaufen könnten, absehen werde, solange sich die UdSSR ebenso verhalte, begrüßt vergleichbare Erklärungen der Sowjetunion und appelliert an beide Regierungen, diese Erklärungen bei der Eröffnung der START-Verhandlungen offiziell abzugeben;

(vii) glaubt, daß angesichts der gegenseitigen Vorteile einer solchen Kontrolle die Gespräche über die Reduzierung strategischer Waffen (START) dringend aufgenommen und unabhängig von anderen Aspekten der Ost-West-Beziehungen geführt werden sollten, und begrüßt daher die Rede von Präsident Reagan vom 9. Mai 1982, in der er die Aufnahme dieser Gespräche vor Ende Juni forderte und realistische Vorschläge über umfangreiche Reduzierungen der strategischen Kernwaffen unterbreitete;

(viii) bringt ferner die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Eröffnung dieser Gespräche positive Auswirkungen auf die INF-Verhandlungen haben wird, die im Rahmen von START geführt werden müssen;

(ix) unterstreicht die Notwendigkeit eines verifizierbaren umfassenden Versuchsverbots, um der Entwicklung immer stärker perfektionierter Nuklearwaffen ein Ende zu setzen;

(x) unterstreicht die Bedeutung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen — nach dem Muster der in Helsinki vereinbarten Maßnahmen — als Vorstufe und Ergänzung einer ausgewogenen Reduzierung des Waffenarsenals auf beiden Seiten;

(xi) sieht in den meisten Friedensbewegungen sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten einen Ausdruck tiefer und berechtigter Besorgnis über die Gefahren eines unbeschränkten Wettrüstens und die Möglichkeit eines nuklearen Krieges;

(xii) bedauert jedoch die einseitigen Tendenzen und übermäßigen Vereinfachungen in den Forderungen bestimmter Bewegungen, die die Notwendigkeit einer militärischen Stabilität sowohl auf nuklearem als auch auf konventionellem Gebiet verkennen, ebenso wie die Notwendigkeit einer objektiven Analyse der Tatsachen als Voraussetzung für Verhandlungen über Reduzierungen;

(xiii) begrüßt das Erscheinen der Studie „Kräftevergleich — NATO und Warschauer Pakt", die die Versammlung wiederholt gefordert hatte, und glaubt, daß von seiten der Regierungen und Parlamentarier fortgesetzte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Öffentlichkeit über die Art der Bedrohung und die Grundlage der alliierten Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik objektiv zu informieren;

(xv) bedauert, daß in Osteuropa und in der Sowjetunion die öffentliche Meinung keine Gelegenheit hat, frei über die Konzepte zu diskutieren, auf denen die europäische und internationale Sicherheit beruhen sollte;

empfiehlt dem Rat,

A.

die im Nordatlantikrat tätigen Mitgliedsregierungen aufzufordern,

1. die gegenwärtigen erheblich verbesserten engen und kontinuierlichen Konsultationen fortzusetzen, um sicherzustellen, daß in allen Aspekten der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Rüstungskontrolle eine einvernehmliche alliierte Position beibehalten wird;

2. sicherzustellen, daß in den in Frage kommenden Ländern die Vorbereitungen für die ab 1983 vorgesehene Dislozierung der vereinbarten Zahlen von bodengestützten Marschflugkörpern und Pershing II-Flugkörpern weitergehen, abzüglich eventuell vorher im Rahmen der INF-Gespräche vereinbarter Reduzierungen;

3. darauf zu dringen, daß innerhalb kürzester Zeit eine Einigung im Rahmen der INF-Gespräche über die Null-Option für landgestützte Flugkörper erzielt wird, daß diese Gespräche schrittweise fortgeführt werden, um auch andere Waffensysteme einzubeziehen, und daß schließlich Gefechtsfeld-Systeme in diese oder die MBFR-Gespräche aufgenommen werden;

4. die Wiederaufnahme des SALT-Prozesses durch die vorgeschlagene Eröffnung der START-Gespräche im Juni zu begrüßen und auf eine weitestgehende Verknüpfung dieser und der INF-Gespräche und die fortgesetzte gegenseitige Achtung aller SALT-Grenzen während der Verhandlungen zu drängen;

5. mehr Nachdruck auf Verhandlungen und die Annahme wirksamer Verifizierungsverfahren zu legen, da diese von wesentlicher Bedeutung für jedes Abkommen über Rüstungskontrolle und -reduzierung sind;

6. die Regierung der Vereinigten Staaten aufzufordern, sich ernsthaft mit dem Vorschlag von Senator Jackson auseinanderzusetzen, wonach in einem neutralen Land ein gemeinsamer Kommando-Posten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion errichtet werden soll, um der Möglich-

keit eines Krieges durch Versehen oder Fehlkalkulation vorzubeugen;

7. die Studie über den Kräftevergleich zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt auf einer vereinbarten objektiven Basis von Zeit zu Zeit zu aktualisieren und zu veröffentlichen und die Sowjetunion dringend aufzufordern, bei der Veröffentlichung von Kräftevergleichen ebenso offen und objektiv zu sein;

B.

1. die Mitgliedsregierungen aufzufordern, eine aktive Informationspolitik zu verfolgen, um sicherzustellen, daß die öffentliche Meinung sowohl über die Art der Bedrohung als auch über die Zielsetzungen der alliierten Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik objektiv informiert wird;
2. eine europäische Haltung gegenüber den politischen Aspekten der Diskussionen im Nordatlantikrat zu entwickeln.

Tagesordnungspunkt:

Die Entwicklung der Lage in Polen

(Drucksache 915)

Berichterstatter: Abg. Michel

Dr. Althammer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt in Polen sechs Monate **Kriegsrecht,** sechs Monate Belagerungszustand, sechs Monate eines kommunistischen Militärregimes. Das bedeutet, daß in dieser Zeit Tausende von Personen ohne Gerichtsverfahren inhaftiert sind, zum Teil unter härtesten Bedingungen, an ihrer Spitze der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarität, Lech Walesa. Es ist in der Öffentlichkeit weniger bekannt, daß viele derer, die inzwischen freigekommen sind, eine Ergebenheitserklärung unterzeichnen mußten und daß viele nicht freigekommen sind, weil sie das nicht getan haben. Wir hören, daß weiter harte Strafen verhängt werden, wenn das Demonstrationsrecht oder das Recht auf friedliche Versammlung in Anspruch genommen wird — so nach dem 3. Mai und dem 13. Juni dieses Jahres. Weiterhin hören wir, daß eine Reihe von Vereinigungen kein Recht der Betätigung mehr haben. Wir hören auch, daß die Gewerkschaft Solidarität die alten Rechte nicht mehr bekommen soll. Ich möchte davor warnen, daß westliche Regierungen auf einen Vorschlag eingehen, Persönlichkeiten, die sich für Demokratie und Freiheit in Polen eingesetzt haben, zwangsauszuweisen, so daß die polnische Regierung die bequeme Möglichkeit hätte, diese Leute gegen ihren Willen aus ihrem Heimatland zu entfernen.

Eine Anmerkung zur Reaktion des Westens. Gestern und heute ist hier wiederholt von der pazifistischen Bewegung gesprochen worden, insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist bezeichnend, daß die gleichen Leute, die für Vietnam demonstriert haben, die für El Salvador demonstrieren, in der Bundesrepublik Deutschland kein Wort, keine Äußerung für das leidende polnische Volk haben. Ich glaube, dies bezeichnet die Situation. Wir sollten dafür sorgen, daß das polnische Militärregime keine Reputation erhält, im kulturellen, im wissenschaftlichen, in allen Bereichen der Zusammenarbeit.

Aus den Vorschlägen, was der Westen tun kann, um dem polnischen Volk zu helfen, möchte ich einen Punkt besonders herausgreifen. Das ist die Frage **wirtschaftlicher Sanktionen.** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir kommen in die Gefahr, daß das gleiche, was in den 70er Jahren auf dem Verteidigungssektor geschehen ist, nämlich daß der Westen in seinen Rüstungsanstrengungen deutlich kürzer getreten ist, daß die Sowjetunion dies aber nicht etwa mit gleicher Zurückhaltung beantwortet hat, sondern im Gegenteil ihre militärische Vormacht in diesen zehn Jahren ausgebaut hat, auch hier geschieht, daß sich in der Frage, wie wirtschaftliche Sanktionen eingesetzt werden können, von seiten des Westens die gleiche Situation ergibt. Statt daß wir die Möglichkeiten nutzen, auf die polnische Regierung und auch die sowjetische Regierung Einfluß auszuüben, sehen wir, daß der Osthandel nur aus rein wirtschaftlichen Gründen rückläufig ist. Zum einen hat der Westen infolge einer langanhaltenden Rezession die Möglichkeiten des Handels nicht mehr ausgebaut, insbesondere aber sind Polen und andere osteuropäische Länder in schwerste Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Es ist nicht verwunderlich, wenn Privatfirmen in einer Marktwirtschaft für Ostgeschäfte plädieren. Manchmal wird man sogar an ein Wort von Lenin erinnert, der gesagt hat, der Kapitalist wolle auch an dem Strick noch verdienen, an dem er aufgehängt wird.

Es ist aber sehr verwunderlich, daß eine Reihe europäischer Regierungen nicht bereit und willens ist, die Konsequenzen zu ziehen, die notwendig wären. Es wäre durchaus möglich, in diesem Bereich die Waffe der Nichtgewährung günstiger Kredite und anderer Lieferungsmöglichkeiten gegenüber den Regierungen in Warschau und Moskau einzusetzen. Dies geschieht leider nicht in dem notwendigen Ausmaß, und das hat leider auch zur Folge, daß in dieser Frage keine Übereinstimmung zwischen den USA und einigen europäischen Regierungen besteht.

Auch der Hinweis, Arbeitslosigkeit wäre die Folge, ist nicht richtig. In der Bundesrepublik Deutschland hat der Osthandel ein Volumen von 4,7 %. Wir könnten eine ganze Reihe der Produkte, die wir aus dem Osten importieren, im eigenen Land herstellen und würden damit auch einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten.

Insgesamt hat man den Eindruck, daß manche Regierungen meinen, solange man dem Tiger in Moskau nur einiges an Fleisch vorwirft, würde er die europäischen Länder schon nicht fressen. Es hat sich aber erwiesen, daß der Tiger mit dieser Osthandelspolitik, die in den letzten Jahren betrieben worden ist, gekräftigt worden ist und gewachsen ist, daß er

inzwischen anderswo, z. B. in Afghanistan, zugeschlagen hat und daß eben alle Hoffnung auf eine Befriedung mittels Ausweitung des Handels getrogen hat.

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zum **Verhältnis des deutschen Volkes zum polnischen Volk** machen. Im Jahre 1950, fünf Jahre nach der Vertreibung von 10 Millionen Deutschen, ist in Stuttgart von den Heimatvertriebenen eine Versöhnungsadresse an die Völker Osteuropas gegeben worden. Die Versöhnung zwischen den Völkern ist inzwischen Wirklichkeit geworden, und es ist uns gelungen, in der Krise, die jetzt Polen betroffen hat, die Hilfsbereitschaft unseres deutschen Volkes gegenüber dem polnischen Nachbarn eindrucksvoll zu demonstrieren. An uns liegt es, nun dafür zu sorgen, daß über die Vorgänge in Polen nicht ebenso hinweggegangen wird wie über den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, der heutigen DDR, nicht ebenso hinweggegangen wird wie über den Volksaufstand in Ungarn und den Versuch der tschechoslowakischen Völker im Jahre 1968. Diese drei Daten sollten zusammen gesehen werden. Die Bundesrepublik Deutschland begeht morgen den 29. Gedenktag des Arbeiteraufstandes in der DDR. Hoffen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Anstrengungen des freien Westens dem polnischen Volk helfen können, den kleinen Raum von Freiheit und Bürgerrechten wiederzuerwerben, den es hatte! Das polnische Volk kämpft auch heute noch unter schwierigsten Umständen um diese Rechte.

Rösch (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Herr Althammer hat soeben schon gesagt, daß man die heutige Gelegenheit sowenig vorüberziehen lassen darf wie die Gelegenheit der letzten Sitzungen sowohl hier wie im Europarat, ständig zu wiederholen, welches Regime die Verantwortung für die Verhältnisse in Polen trägt. Dieses System ist so ineffektiv und unmenschlich, daß die Menschen in den ehemals als die „Kornkammer Deutschlands" bezeichneten Gebieten heute nicht einmal mehr genug Brot zum Leben haben — ein Umstand, den auszudrücken und zu wiederholen notwendig ist. Denn es ist nötig, auch den jungen Menschen in Europa, die mit kommunistischen Ideen sympathisieren oder sich in der Nähe dieser Ideenfelder befinden, deutlich zu machen, was der reale Kommunismus in Europa für die Menschen tatsächlich bedeutet.

Nun, meine Damen und Herren, die Situation in Polen ist, wie wir alle wissen, ein Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki. Sie ist natürlich auch ein Verstoß gegen alles, was kommunistische Parteien über ihre eigenen Ziele erzählen.

Wie ist nun die gegenwärtige Situation in Polen? Die Versuche zur Beruhigung der innenpolitischen Entwicklung, zum Beispiel über die Freilassung von tausend Inhaftierten, sind bis zur Stunde ergebnislos geblieben. Die Unruhen, insbesondere die am 3. April und am 13. Mai, zeigen, daß die Organisation der Solidarität immer noch imstande ist, gezielte Aktionen zu koordinieren. Die Berichte drücken aus, daß die Unruhen am 13. Mai keine Warnstreiks waren, sondern eigentlich, über das ganze Land verbreitet, den Charakter eines zeitweiligen Generalstreiks gehabt haben. Die Lockerung des Kriegsrechts wurde nach den Unruhen widerrufen. Es wurden 3 300 Personen festgenommen und davon mehr als 211 Menschen neu interniert. Die Versuche der Kirche, weiter eine Vermittlerrolle zu spielen und zur Mäßigung, zur Besonnenheit aufzurufen, werden immer wirkungsloser. Das Regime zeigt ein immer unverhüllteres Gesicht. Die Besetzung hoher Ämter in Partei und Staat mit Militärs schreitet fort. Die Gewerkschaftsfrage stagniert.

Herr Kollege Althammer hat schon über die wirtschaftliche Situation gesprochen. Die Wirtschaft Polens hat zwar ihre Talfahrt verlangsamt. Wenn Sie aber berücksichtigen, daß trotz des schlimmen Niveaus in den Jahren 1980 und 1979 das reale Einkommen der Arbeitnehmer erneut um 23 % gesunken ist, daß die Produktivität gesunken ist, können Sie sich in etwa ausmalen, wie es um die tatsächliche Situation der Menschen in Polen bestellt ist.

Nun, verehrte Kollegen, was können wir dagegen tun? Womit können wir die Lage beeinflussen? Die Tatsache der Existenz der **Schlußakte von Helsinki** gibt uns die Möglichkeit, auf diese Schlußakte einzugehen, die Möglichkeit, die Sowjetunion anzuklagen. Sie gibt uns die Möglichkeit, über das, was vorher möglich war, hinaus moralisch und politisch, moralisch und publizistisch zu wirken.

Die Situation stellt uns weiterhin vor die Notwendigkeit, unsere humanitären Hilfen fortzusetzen, wie wir sie bisher ja in breitem Maße geleistet haben. Wir stehen unter dem Zwang, den Dialog mit der anderen Seite fortzusetzen, das Gespräch. Wenn man nämlich erst einmal an einem Punkt angelangt ist, wo man nicht einmal mehr miteinander redet, kann man auch nichts mehr verändern. Deswegen ist die Beharrlichkeit der Politik die einzige Möglichkeit, in Polen tatsächlich zu Veränderungen beizutragen — über die Notwendigkeit humanitärer Hilfe hinaus.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann im großen und ganzen der zutreffenden Beschreibung der Situation in Polen durch den Kollegen Michel zustimmen, wenngleich es in den soeben auch erwähnten Pressemitteilungen heißt, daß das Kriegsrecht weiter und selektiv abgemildert wird, wie es die polnische Führung beabsichtigt. Denn der Militärrat unter General Jaruselski hat das Innenministerium nach diesen Pressemitteilungen beauftragt, in diesem Sinne zu handeln. Auch die „Frankfurter Allgemeine" berichtete darüber, und der Außenminister Cyrek hat vorgestern in den Vereinten Nationen Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Ich meine aber, daß durch solche Ankündigungen allein die Situation in Polen nicht schon verbessert wird. Denn wenn die einzelnen Wojwoden beauftragt wurden, „Erleichterungen zu erwägen", sind das ja noch keine Erleichterungen; und wenn wissenschaftliche, kulturelle und andere Vereinigungen aus ihrer Suspendierung befreit werden sollen, müssen natürlich auch konkrete Beispiele folgen, und das darf nicht lange auf sich warten lassen. Auch die Aufhebung der Sperrstunde

müßte schnellstens geschehen. Über die Freilassung von 257 Inhaftierten sollten wir uns nicht zu sehr freuen, denn es sind ja noch weit über 2 000 in der Isolation. Die polnische Regierung muß natürlich gezwungen werden, auch diese Inhaftierten freizulassen.

Alles scheint mir ein bißchen auch darauf angelegt zu sein, die Situation für den Besuch des Papstes in Polen, der natürlich dem polnischen Volk Anlaß gibt, auf seine Lage hinzuweisen, ein klein wenig zu verbessern.

Aber, wie gesagt, alle diese Ankündigungen bedeuten eben noch nicht, daß der Frieden in Polen zurückkehrt. Deshalb müssen wir, wie der Kollege Rösch gesagt hat, auf der Grundlage der Zusagen und der Verpflichtungen des Ostens, der Sowjetunion und aller östlichen Regierungen, fordern — und nicht nur unserer moralischen Empörung Ausdruck geben —, daß auf der Basis der **KSZE-Vereinbarungen** die Situation der Menschen verbessert wird, müssen vor allen Dingen auch versuchen, durch praktische Handlungen Einfluß auf die tatsächliche Lage der Menschen in Polen auszuüben. Und dazu zählen die drei Punkte: Aufhebung des Kriegsrechts, Freilassung der Inhaftierten und Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Kirche, Solidarität und Staatsführung. Diese Forderungen müssen wir hier mit Nachdruck unterstützen.

Wir unterstützen auch die Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft, daß die weitere Lieferung der verbilligten Nahrungsmittelhilfe der EG an die Regierung eingestellt wird, daß aber in Höhe von 84 Millionen DM direkte humanitäre Hilfe über nichtstaatliche Organisationen nach Polen gewährt wird. Dies sollten wir hier auch noch einmal unterstreichen.

Ich bin auch der Meinung, daß es richtig ist, eine Liste ausgewählter Güter aufzustellen und für den in der Hauptsache Verantwortlichen, nämlich die Sowjetunion, Importkürzungen für sowjetische Waren außerhalb des Energie- und Rohstoffbereichs festzulegen. Damit wird ein politisches Signal gesetzt und deutlich gemacht, daß die UdSSR Mitverantwortung für die Entwicklung der Lage in Polen hat.

Nachdem Herr Kollege Althammer hier durchaus richtige Zahlen genannt hat, möchte ich auf die Forderungen des Kollegen Atkinson eingehen, der sagte, man müsse auch das deutsch-russische — man muß ja sagen: europäisch-russische — Erdgas/Röhren-Geschäft „canceln". Ich bin der Meinung, daß dieses Geschäft der Sowjetunion keine einseitigen Vorteile bietet, sondern daß damit — und das gibt für die Bundesrepublik den Ausschlag — eine Diversifizierung unserer Energieversorgung erreicht wird. Der Anteil der Energieversorgung über dieses Erdgasgeschäft an unserer gesamten Energieversorgung liegt in der Größenordnung, die Herr Althammer für den Osthandel insgesamt genannt hat, nämlich ganzer 5%.

Ich bin allerdings mit Herrn Kollegen Atkinson der Meinung, daß man unter uns Europäern in der Europäischen Gemeinschaft solidarisch auftreten muß und nicht — wie nach Afghanistan — so sehr unterschiedlich. Ich glaube aber, dieses Röhren/Gas-Geschäft ist dafür nicht das beste Beispiel.

Herr Kollege Althammer hat darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft Polens ihre Talfahrt fortgesetzt hat, daß die Industrieproduktion weiter abgefallen ist, daß das Handelsvolumen Polens auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland weiterhin abgenommen hat. Ich meine, dies alles sollten wir im Auge behalten. Ich glaube auch, daß die Banken, die ihrerseits solchen Osthandel mitfinanzieren — wir sind ja freie Wirtschaften und nicht vom Staat gelenkte; das muß hier einmal festgestellt werden —, auf Grund dieser Situation ganz automatisch ihre besondern Kreditkonditionen gegenüber dem Osten entsprechend reduzieren werden.

Ich möchte abschließend aber eines sagen. Ich möchte sagen, Herr Kollege Michel, daß ich einen Punkt für bedenklich halte. Sie schlagen vor, die Konferenz von Madrid so lange zu unterbrechen, bis alle Bedingungen erfüllt sind: Abschaffung des Kriegsrechts usw. Ich weiß nicht, ob das realistisch ist. Deswegen meine ich, diese Forderung geht etwas zu weit und ist mit Sicherheit — das ist meine Überzeugung — der Stärkung des Friedens in Europa nicht dienlich. Wir sollten hier doch etwas flexibler sein und eine Rückkehr zum Frieden in Polen in einem längeren Zeitraum ermöglichen. — Vielen Dank.

Empfehlung 384

betr. die Entwicklung der Lage in Polen

Die Versammlung

erinnert an ihre Richtlinie 53, ihre Empfehlungen 370 und 378 sowie die Erklärung ihres Präsidialausschusses vom 8. Januar 1982;

erinnert an die im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit gefaßten Beschlüsse;

vertritt die Ansicht, daß die Maßnahmen, die die polnische Regierung vor allem anläßlich des 1. Mai 1982 ergriffen hat, um das Kriegsrecht zu lockern, noch weit von der Erfüllung der drei Bedingungen entfernt sind, die der Nordatlantikrat am 11. Januar 1982 für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Polen gestellt hat;

bedauert, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, auf die sich der Nordatlantikrat geeinigt hat, um diesen Bedingungen mehr Nachdruck zu verleihen, keine striktere Anwendung gefunden haben;

begrüßt, daß sich die Teilnehmer der KSZE-Folgekonferenz in Madrid geweigert haben, ihre Arbeit unter den Umständen, die durch die Gewaltaktion vom 13. Dezember 1981 geschaffen worden sind, fortzusetzen;

stellt fest, daß die Ereignisse in den ersten Maitagen 1982 und die Anwendung neuer Zwangsmaßnahmen zeigen, daß die polnische Regierung keine anderen Mittel als die Anwendung von Gewalt gefunden hat, um eine Politik durchzusetzen, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen wird;

empfiehlt dem Rat,

1. sicherzustellen, daß die Konsultationen zwischen den europäischen und amerikanischen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses fortgesetzt und verstärkt werden, um die Maßnahmen zu koordinieren, die in bezug auf die Regierung Polens und der Sowjetunion ergriffen werden oder zu ergreifen sind, um diese Regierungen zur Erfüllung der vom Nordatlantikrat und von den europäischen Organisationen gestellten Bedingungen für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Polen zu veranlassen, und zwar:
   a) de facto und de jure Abschaffung des Regimes, das durch die Verhängung des Kriegsrechts in Polen herrscht;
   b) die Freilassung aller politischen Häftlinge;
   c) Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Regierung, der freien Gewerkschaftsbewegung, wie sie durch Solidarität verkörpert wurde, und der katholischen Kirche;
2. seinerseits weiterhin regelmäßig die Anwendung europäischer Maßnahmen zu untersuchen;
3. zu bekräftigen, daß die Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ernsthaft gefährdet wird, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung Dr. Klaus D. Leister

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich darf Ihnen zunächst herzlich danken für die freundlichen Worte der Begrüßung und für die Einladung, heute zu Ihnen über aktuelle Aspekte der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu sprechen. Gerade angesichts vielfältiger Strategie- und Sicherheitsdiskussionen im Bündnis scheint es mir zum besseren gegenseitigen Verständnis wichtig zu sein, Positionen und Ansichten darzulegen.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einer grundsätzlichen Anmerkung beginnen. Für ein geostrategisch so exponiertes Land an der Nahtstelle der Machtblöcke wie der Bundesrepublik Deutschland liegt es auf der Hand, daß eine individuelle, rein nationale Sicherheitspolitik den deutschen Sicherheitsbedürfnissen nicht gerecht werden kann. Daher ist für die Bundesrepublik Deutschland Sicherheits- und Verteidigungspolitik in erster Linie Bündnispolitik.

Zweifellos ist bei dem Thema kollektive Sicherheitspolitik für Europa vor allem an die NATO und die dort vollzogene Einbindung unserer nordamerikanischen Partner in unser Sicherheitssystem zu denken. Vor dem Hintergrund heutiger globaler — nicht nur militärischer — Bedrohung für unsere freiheitliche Lebensordnung scheint es aber zunehmend notwendig, die Überlegungen dabei auf die Möglichkeiten zu richten, die sich aus der Zusammenarbeit der Europäer in den verschiedenen vorhandenen Foren ergeben.

In diesem Zusammenhang kommt der Versammlung der Westeuropäischen Union als Forum für die **Diskussion europäischer Sicherheitspolitik** besondere Bedeutung zu. Die WEU ist nicht nur das einzige europäische parlamentarische Forum, das sich mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen beschäftigt. Die WEU trägt auch durch die vertragliche Festschreibung der militärischen Beistandsverpflichtungen entscheidend zur Abschreckung und damit zur Friedenssicherung bei.

Die Bundesregierung verfolgt mit Interesse und Aufmerksamkeit Bestrebungen der Versammlung, den WEU-Vertrag den Erfordernissen der Gegenwart anzupassen.

Wir haben daher mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Versammlung mit großer Mehrheit den Vorschlag gemacht hat, Bestimmungen des Vertrages aufzuheben, die überholt erscheinen. Lassen Sie mich aber unterstreichen, daß die Bundesregierung wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft uneingeschränkt zu ihren Verpflichtungen aus dem WEU-Vertrag steht.

Die Europäische Gemeinschaft stellt in ihrer politischen Zielsetzung, auf dem Weg über Zusammenarbeit und Integration die Einheit Europas zu erreichen, einen großen Wurf dar. Aber der dort aufgezeigte Weg zur Einigung ist noch weit, gerade was sicherheitspolitische Belange betrifft.

Die Bundesregierung befürwortet diese breit angelegte europäische Einigung vor allem deshalb, weil wir eine politisch und wirtschaftlich starke Europäische Gemeinschaft als einen wesentlichen Faktor für die Sicherheit des gesamten Westens, aber auch für die Stabilität in der Welt erachten.

Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung gemeinsam mit der italienischen Regierung die **Verabschiedung einer Europäischen Akte** vorgeschlagen. Ihr Ziel ist es, die Europäische Gemeinschaft politisch besser zu organisieren und handlungsfähiger zu machen.

Der Bedeutung der sicherheitspolitischen Diskussion und Konsultation haben in diesem Frühjahr auch die Mitglieder der Eurogroup Rechnung getragen.

Auf die Bedeutung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe werde ich später noch zu sprechen kommen.

Die enge bilaterale Zusammenarbeit mit unseren Freunden in Europa rundet das Sicherheitssystem ab, in das die Bundesrepublik Deutschland eingebunden ist, dem sie vertraut und für das sie konkrete Leistungen zum Beispiel in Form von Verteidigungs- und Materialhilfe erbringt. Der gerade erfolgte Beitritt Spaniens zur NATO und in absehbarer Zeit zur Europäischen Gemeinschaft bestärkt uns darin, die bestehenden vielfältigen sicherheitspolitischen Beziehungen für lebensfähig und attraktiv zu halten. Sie bieten unter den gegebenen Um-

ständen ein Maximum an nationaler Sicherheit und Handlungsfreiheit.

Zur Bestätigung und Verdeutlichung ihrer Sicherheitspolitik hat die Bundesregierung am 31. März dieses Jahres eine Erklärung verabschiedet, in der sie sich zu den beiden Elementen des Harmel-Berichts von 1967 bekennt, der Grundlage der Politik des Nordatlantischen Bündnisses ist.

Danach sind Maximen der deutschen Sicherheitspolitik der Wille zu Verteidigungsfähigkeit und politischer Solidarität innerhalb der Allianz neben der Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit dem Osten und mit den Ländern der Dritten Welt. Niemand kann heute Sicherheitspolitik ausschließlich auf sich bezogen betreiben. Sicherheit des einen ist immer auch Sicherheit des anderen.

In dieser Erklärung der Bundesregierung wird die gültige Strategie der NATO bekräftigt. Aber lassen sie mich hinzufügen: Es gibt keinen Zweifel hinsichtlich der Sorgen, die sich aus den militärischen Möglichkeiten des Warschauer Paktes ergeben — Sorgen, die um so mehr berechtigt sind, als die Sowjetunion offenbar bereit ist, wie im Fall Afghanistan politische Zielsetzungen mit militärischen Mitteln durchzusetzen, wenn ihr Risikokalkül dies möglich erscheinen läßt.

Der Konflikt um die Falkland-Inseln und die jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten machen sehr deutlich, daß es heute keine Konflikte mehr irgendwo auf der Welt gibt, die nicht direkt oder indirekt Auswirkungen auf alle Staaten hätten.

Sicherheit kann und darf daher heute nicht mehr als die militärische Fähigkeit begriffen werden, Kriege zu gewinnen, sondern als die politische Fähigkeit, Kriege zu verhindern. Diese Fähigkeit kann von keinem Staat allein, sondern nur als eine gemeinsame Sicherheit zwischen Staaten erworben werden.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zur aktuellen **Strategiedebatte**, die wir zur Zeit in der Öffentlichkeit haben, machen. Die Entwicklung im Kräfteverhältnis zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO, insbesondere die Disparität bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen, hat die Frage aufgeworfen, ob die gültige Strategie der NATO den Gegebenheiten noch gerecht wird.

Meiner Meinung nach ist die Antwort eindeutig. Zum Konzept der Kriegsverhinderung durch Abschreckung gibt es heute keine Alternative. Die NATO ist und bleibt ein rein defensiver Verteidigungspakt. Abschreckung durch gemeinsame Verteidigungsfähigkeit und durch gemeinsamen Verteidigungswillen bildet zugleich die einzige Basis für eine erfolgreiche Politik der Rüstungskontrolle und der Vertrauensbildung zwischen Ost und West.

Auch der rein militärische Aspekt der Frage nach der Gültigkeit der NATO-Strategie läßt eine eindeutige Antwort zu: Zur Zeit gibt es keine Alternative zur gültigen NATO-Konzeption. Allerdings müssen zu ihrer zeitgerechten Implementierung die richtigen Mittel in hinreichender Zahl bereitgestellt werden. Bundesverteidigungsminister Dr. Apel hat jüngst zur NATO-Strategie in einem Beitrag im „Europa-Archiv“ vom 10. Juni 1982 ausgeführt — ich darf zitieren —:

> Die NATO-Strategie ist zuallererst eine Strategie der Kriegsverhinderung. Sie ist damit eine Strategie des no first use jeglicher Mittel. Unsere Strategie der flexiblen Erwiderung ist auch keine Strategie des nuklearen Ersteinsatzes. Sie schließt zwar den Ersteinsatz von Nuklearwaffen als Mittel der Abschreckung nicht aus. Sie sieht aber vor allem vor, die Verteidigung mit den Mitteln zu führen, mit denen das Bündnis angegriffen wird — auch gegen überlegene konventionelle Streitkräfte. Das schließt den Ersatz fehlender konventioneller Kräfte durch nukleare Mittel ausdrücklich aus. Deshalb darf das Bündnis seine konventionellen Kräfte auf keinen Fall vernachlässigen. Wir müssen auch künftig eine etwaige konventionelle Aggression durch konventionelle Vorneverteidigung zum Stehen bringen können.

Vieles deutet darauf hin, daß wir uns einer langfristigen vielfältigen und sich zunehmend komplizierenden Bedrohung stellen müssen, einer Bedrohung, die sich nicht nur auf die mögliche Absicht eines potentiellen Gegners beschränkt, seine politischen Ziele mit militärischen Mitteln durchzusetzen, sondern die auch zunehmend aus der Konkurrenz um Ressourcen und um die Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt erwächst.

Dabei hat sich das Bedrohungspotential durch nichtmilitärische, aber keineswegs weniger lebensbedrohende Mittel beträchtlich erweitert.

Die Frage der Bewältigung der Probleme der Dritten Welt ist von uns daher sehr ernstzunehmen. Der Westen wird sich ernsthaft um echte Lösungen zur Bewältigung der Nöte und Instabilitäten in diesen Ländern bemühen. Die Bundesregierung ist aber der Meinung, daß das Nord-Süd-Problem nicht in erster Linie allein unter Ost-West-Kategorien gesehen werden sollte.

Die These, daß die Sowjetunion der natürliche Verbündete der Blockfreien sei, hat vor allem auf Grund der Besetzung Afghanistans in der Dritten Welt an Glaubwürdigkeit verloren. Gewachsen ist dagegen das Bemühen um eine echte Blockfreiheit, ohne daß sich hierdurch die Distanz zum Westen in jedem Fall verringert hätte. Die Bundesregierung unterstützt echte Blockfreiheit.

Die Ereignisse in Polen haben die Spannungen im Ost-West-Verhältnis erneut vergrößert und die von der Sowjetunion ausgehende Vertrauenskrise zwischen West und Ost vertieft.

Die Antwort auf Rückschläge im Ost-West-Verhältnis kann aber weder in Resignation noch in Emotion noch in einer Rückkehr zum Kalten Krieg und zur Konfrontation liegen. Die Antwort muß in einer gemeinsamen westlichen Politik gegenüber der Sowjetunion liegen, in der sich die Entschlossenheit zur Erhaltung des militärischen Gleichgewichts und die Forderung an die Sowjetunion nach Mäßigung, Zurückhaltung und verantwortungsbewußtem Han-

deln, verbunden mit der Bereitschaft zu Dialog und Verhandlung, insbesondere über Rüstungskontrolle, manifestiert. Nur eine auf gleichberechtigter Konsultation und Absprache beruhende Einigkeit und Handlungsfähigkeit des Westens wird dabei die sowjetische Führung beeindrucken.

Als eindrucksvolles Beispiel ist der Doppelbeschluß der NATO zu nennen, der nicht zuletzt erst die Voraussetzungen schuf, die Sowjetunion an den Verhandlungstisch in Genf zu bringen und damit auch die Grundlage für neue Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Potentiale der beiden Supermächte.

Es gilt, diese Einmütigkeit zu bewahren. Und es gilt auch, den Beschluß, den die Bundesregierung in seinen beiden Teilen unterstützt und vertritt, unter den vereinbarten Bedingungen durchzusetzen. Der Sowjetunion ist deutlich zu machen, daß die Allianz in diesem Beschluß zusammensteht und nicht auseinanderzudividieren ist.

Hierzu bedarf es nicht zuletzt der Hilfe und Unterstützung aus dem parlamentarischen Raum. Einem vor allem auf Grund mangelnder Information schwankend werdenden Teil der Öffentlichkeit gilt es, den Inhalt des Beschlusses — z. B. auch den schon vollzogenen Abzug von 1 000 nuklearen Sprengköpfen — zu verdeutlichen und ihr so die Ängste zu nehmen; denn Angst ist ein schlechter Ratgeber und Basis von Emotionen und Irrationalitäten. Ich sehe hier auch eine Aufgabe der Versammlung der WEU, diese Angst abzubauen.

Die Bundesregierung hofft, daß mit dem Wiederbeginn der Rüstungskontrollverhandlungen ein Durchbruch in Richtung auf die vom Westen vorgeschlagene Null-Lösung für SS-4/5 und SS-20 gegen eine Nichtstationierung von Pershing II und Ground Launched Cruise Missiles möglich werden kann.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht in der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten und des sowjetischen Staatschefs vom 31. Mai 1982 zur Aufnahme von **START-Verhandlungen** noch in diesem Monat den Schritt in die richtige Richtung. Die amerikanischen START-Vorschläge zielen langfristig auf eine Neustrukturierung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion im Sinne von mehr Stabilität und Sicherheit für beide Seiten ab. Damit wird beiden Weltmächten eine historische Aufgabe gestellt, die nur in zielstrebigem Zusammenwirken, in einem Klima gegenseitigen Vertrauens zu lösen sein wird.

Wir hoffen, daß sich die Aufnahme des START-Dialogs positiv auch auf andere wichtige Ost-West-Verhandlungen auswirken wird, insbesondere auf die MBFR-Verhandlungen in Wien, die für uns wegen des konventionellen Ungleichgewichts in Europa nach wie vor von großer Bedeutung sind.

Die Bundesregierung unterstützt deshalb die von der NATO begrüßte Initiative der USA für die Wiener Verhandlungen, mit der die westlichen Teilnehmer einen umfassenden Ansatz zur Lösung aller strittigen Fragen auf der Basis unverminderter Sicherheit beider Seiten anbieten. Wir hoffen, mit diesem Vorschlag dem Dialog neuen Elan zu geben und die Verhandlungen einer Einigung näherzubringen.

Diese Unterstützung der Bundesregierung gilt uneingeschränkt für alle vertrauensbildenden Unternehmungen des Westens, sei es bei MBFR, sei es im KSZE-Rahmen, der die Grundlage für eine Europäische Abrüstungskonferenz schaffen soll, sei es die 2. Abrüstungs-Sondergeneralversammlung der UN, die zur Zeit in New York läuft, oder seien es die Beratungen für ein vollständiges und nachprüfbares Verbot der C-Waffen in Genf, auf die ich hier im einzelnen nicht näher eingehen will.

Die Politik der Friedenssicherung der Bundesregierung ist klar und berechenbar. Wir wollen den Dialog und echte Entspannung mit dem Osten; er hat für uns Deutsche, aber auch für Europa, in den letzten Jahren manche positive Veränderung erbracht, die nicht geringgeschätzt werden sollte. Aber es gibt auch Tatsachen, die uns Sorge bereiten und an denen man nicht vorbeisehen kann.

Der im vergangenen Monat von der NATO veröffentlichte Streitkräftevergleich hat bestätigt und der Öffentlichkeit dargelegt, was in Fachkreisen seit längerem bekannt war: Das Kräfteverhältnis hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zuungunsten des Westens verschoben. Dies stellt den Westen im Bereich seiner eigenen Verteidigungsanstrengungen vor neue Anforderungen. Sie fallen allerdings zusammen mit ökonomischen, budgetären und finanziellen Schwierigkeiten in allen Ländern der Allianz, auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Um so wichtiger ist es, entlastende Möglichkeiten durch Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung zu suchen. Verschiedene Gremien haben sich mit dieser Problematik befaßt und eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, deren Realisierung gründlich geprüft werden sollte.

Rüstungspolitik ist heute enger denn je in einen Rahmen eingebunden, der einerseits Kooperation noch dringlicher macht, andererseits aber die Möglichkeiten ihrer Realisierung kurz- und mittelfristig stark beeinträchtigt. Die Knappheit der Ressourcen, insbesondere der Mittel für Verteidigungsinvestitionen, stellt die Rüstungsplanung in den nächsten Jahren vor schwerwiegende Probleme.

Die Kostensteigerungen, die durch die Technologiesprünge von einer Waffengeneration zur nächsten ausgelöst werden, sind so enorm, so erheblich geworden, daß sie an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen. Lassen Sie mich zwei Beispiele nennen: Der Stückpreis des Panzers Leopard 1 betrug noch 1,1 Millionen DM, der Stückpreis des Panzers Leopard 2, des Nachfolgesystems, liegt bereits bei 4,2 Millionen DM. Und der Starfighter der deutschen Luftwaffe kostete im Vergleich zum Nachfolgesystem MRCA Tornado zehnmal weniger. Dies ist eine vereinfachte Darstellung, weil die Systeme natürlich technologisch auf Grund der Fortentwicklung kaum vergleichbar sind. Aber sie zeigt dennoch das Grund-

problem, daß wir es nicht mehr mit einer Verdoppelung der Kosten beim Wechsel von einem Waffensystem zum anderen zu tun haben, sondern daß die Kosten enorm ansteigen.

Gleichzeitig stehen wir einer weltweit veränderten Wirtschaftssituation gegenüber. Die in den 70er Jahren vorhandenen Wachstumsraten sind heute und in der nächsten Zeit nicht mehr möglich. Dies begrenzt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und auch die Entwicklung der Verteidigungshaushalte. Die Rüstungsplanung muß sich daher auf diese für sie neue Situation einstellen. Wie sie wissen hat gerade diese Problematik den deutschen Verteidigungsminister veranlaßt, spezielle Untersuchungen mit Blick auf die zukünftige Langzeitplanung der Bundeswehr durchzuführen. Diese Arbeiten werden in Kürze veröffentlicht werden. Drei kurze Anmerkungen lassen sich in diesem Zusammenhang heute schon machen:

Erstens. Auf Grund der demographischen Entwicklung ist die personelle Bedarfsdeckung der Bundeswehr ab 1986 ihr Kernproblem.

Zweitens. Spektakuläre technische Alternativen zur Erfüllung der Aufgaben der Streitkräfte und zur wirksamen personellen und finanziellen Entlastung zeichnen sich nicht ab.

Drittens. Evolutionäre Technologieveränderungen können aber gleichwohl zur Personaleinsparung und zur Kostendämpfung genutzt werden. Ich betone: Dies sollte nicht nur national, sondern bündnisweit versucht werden.

Trotz knapper Finanzmittel werden wir die eingeleitete Beschaffung der Großvorhaben zur Modernisierung der Bundeswehr soweit wie möglich termingerecht zu Ende führen. Das wird Auswirkungen auf anderen Gebieten der militärischen Planung mit sich bringen. Solche Rückwirkungen sind besonders nachteilig im Bereich von Forschung und Entwicklung; denn Forschung und Entwicklung sind gerade in Zeiten knappen Geldes von großer Bedeutung. Sie sind für die Realisierung notwendiger Anpassungsprozesse wichtig und erhalten nationale Kapazitäten, die wiederum für die Kooperation notwendig sind.

Aus diesem Grunde streben wir an, die Haushaltsansätze für Forschung und Entwicklung mittelfristig wieder ansteigen zu lassen. Gleichzeitig arbeiten wir an einem Technologiekonzept zur optimalen Steuerung von Forschung und Zukunftstechnologie.

Doch nicht nur national, auch in dem größeren Bündnisrahmen scheint es mir wichtig zu sein, ein abgestimmtes Programm für die im Bündnis benötigte Technologie zu entwickeln. Kein europäischer Staat wird in der Zukunft noch in der Lage sein, alle Großwaffensysteme allein zu entwickeln, die zur Aufrechterhaltung der Abschreckung durch konventionelle Waffen erforderlich sind. Kooperation ist daher unerläßlich und kann wesentlich erleichtert werden, wenn es gelingt, gemeinsame Programme zu entwickeln, bei denen wechselseitige Schwerpunkte gesetzt und durch größere Serien und Standardisierung Kosten gespart werden können.

Im europäischen Rahmen soll sich die Unabhängige Europäische Programmgruppe dieser Aufgabe annehmen. Ich bin mir bewußt, daß die bisherigen Erfolge dieses Gremiums noch einiges zu wünschen übrig lassen. An der Beseitigung der Ursachen müssen wir alle arbeiten. Die positiven Ansätze, die es auch in diesem Gremium gibt, sollten wir konsequent weiterverfolgen und ausbauen.

Rüstungskooperation ist ein schwieriges Geschäft, insbesondere wenn es über die europäischen Grenzen hinausgeht und die transatlantische Komponente dazutritt. Dies ist insbesondere angesichts der schwieriger werdenden ökonomischen Lage und der daraus resultierenden nationalen Interessen nicht überraschend.

Die europäische Forderung nach einer größeren Ausgewogenheit der beiderseitigen Rüstungsbeziehungen zwischen Europa und den USA hat zwar bei der Administration in Washington durchaus ein positives Echo gefunden, die praktischen Erfolge sind jedoch leider noch relativ bescheiden. Vor allem wirken sich in den Vereinigten Staaten nationale Interessen zugunsten einer autarken Rüstungspolitik spürbar aus. Noch jüngst hat der amerikanische Kongreß, wie Sie wissen, eine Reihe von restriktiven Bestimmungen in das Haushaltsgesetz 1982 aufgenommen. Die europäischen Regierungen haben sich zu Recht mit Nachdruck gegen diese Restriktionen gewandt. Die amerikanische Regierung hat sich inzwischen — und das müssen wir anerkennen — um die Beseitigung dieser Restriktionen bemüht. Dies hat auch im amerikanischen Kongreß, im Senat zu ersten Erfolgen geführt. Aber ich betone auch hier: Rüstungskooperation zwischen Europa und USA ist auf Dauer nur möglich, wenn es keine Restriktionen gibt, wenn es wirklich eine Zwei-Bahn-Straße zwischen Europa und den USA wird.

Standardisierung und Kooperation sind Wege zum gemeinsamen Ziel, die Streitkräfte auch in den 90er Jahren einsatzbereit zu halten. Es mehren sich jedoch die Stimmen, nach denen es weiterer neuer Ansätze bedarf, um für die Verteidigung „more value for money“ zu gewinnen. Dies ist ein anspruchsvolles Konzept, dessen Schwierigkeiten nicht unterschätzt werden dürfen. Schließlich müssen hierbei so politisch sensible Bereiche wie nationale Unabhängigkeit, industrielle Kapazitäten, Arbeitsplätze und nationales technologisches Wissen gegeneinander ausbalanciert werden. Wir werden aber auch solche Vorschläge sorgfältig prüfen müssen. Wir können es uns nicht mehr leisten, Rationalisierungschancen ungenutzt zu lassen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Ihnen besonders nahestehenden Gremium, dem Ständigen Rüstungsausschuß, sagen: Der Ständige Rüstungsausschuß hat eine Studie über die Rüstungsindustrie der Mitgliedstaaten erarbeitet. Ich halte diese Studie für eine nützliche Untersuchung und möchte dem Rüstungsausschuß und dem Internationalen Sekretariat dafür Dank und Anerkennung aussprechen. Zentrales Gremium der Europäischen Rüstungskooperation ist aber nach dem übereinstimmenden Verständnis aller Partner weiterhin die Unabhängige Europäische Programmgruppe. — Die be-

kannten Schwierigkeiten der Rüstungskooperation erfordern nach unserer Ansicht zu deren Überwindung die Einbindung aller europäischen Partner.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Der politische und militärische Zustand der Allianz bietet aus unserer Sicht trotz der erheblich gewandelten Kräfterelation gute Voraussetzungen für die Erhaltung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit in Mitteleuropa. Die Allianz ist Garant unserer Sicherheit. Nach wie vor steckt eine immense politische und wirtschaftliche Kraft in diesem Bündnis souveräner Demokratien, selbst wenn diese Kraft nicht immer leicht und schnell zu mobilisieren und koordinieren ist.

Daß das Bündnis entschlossen ist, diese Kraft zum Erhalt von Frieden und Freiheit einzusetzen, hat sich in eindrucksvoller Weise beim NATO-Gipfel in Bonn in der vergangenen Woche bestätigt. Der Bonner Gipfel hat die Grundlinien unserer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die 80er Jahre bekräftigt. Die Gipfelerklärung und die beiden Zusatzdokumente über Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie über die gemeinsame Verteidigung sind nach intensiven gemeinsamen Bemühungen als überzeugende Deklarationen verabschiedet worden. Sie haben ihre Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlt.

Das deutsche Hauptanliegen war von Anfang an die Betonung des sicherheitspolitischen Grundkonzepts, wie es im Harmel-Bericht festgelegt und seit 15 Jahren im Bündnis gültig ist. Es galt weiterhin, die NATO-Strategie, deren Kernstück durch den Verbund der Elemente der Triade gebildet wird, ohne Überbetonung einer Komponente, auch ohne Überbetonung der konventionellen Komponente, zu bekräftigen. Und wir haben einen Schwerpunkt auf gleichgewichtige Aussagen über Rüstungskontrolle und Verteidigungsfähigkeit gelegt. Weiterhin kam es darauf an, klar herauszustellen, von wem die Bedrohung ausgeht und daß in diesem Zusammenhang Polen und Afghanistan genannt würden.

Im allgemeinen Teil der Gipfelerklärung war es unser Anliegen, die Dritte-Welt-Problematik ausgewogen darzustellen, die Bedeutung von Konsultationen zu unterstreichen und ein klares Bekenntnis zu Berlin zu erhalten. Vor allem rechtzeitige und umfassende Konsulationen halten wir für eine wesentliche Voraussetzung der Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Allianz.

Auf dieses Ziel ist auch der Vorschlag gerichtet, informelle Treffen der NATO-Außenminister abzuhalten. Solche Treffen ohne Tagesordnung und Gesprächsprotokolle ermöglichen eine persönliche Atmosphäre des Vertrauens und ein großes Maß an Kommunikation.

Durch ihre Rolle als Gastgeberin des NATO-Gipfeltreffens in Bonn vor einer Woche hat die Bundesrepublik Deutschland dokumentiert, welche Bedeutung sie dem Nordatlantischen Bündnis beimißt. Ich möchte in diesem Zusammenhang herausstellen, wie sehr wir es begrüßt haben, daß Frankreich zur nächsten Frühjahrssitzung der NATO-Außenminister eingeladen hat. Die europäischen Partner dürfen die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Aufgabe, die verschobene Kräftebalance in Europa wieder auszutarieren, nicht allein lassen. Zum einen können es auch die Vereinigten Staaten nicht schaffen, ohne die übrigen Partner in der Allianz die Mittel aufzubringen, die erforderlich sind, um das Kräftegleichgewicht in Europa und global zu garantieren; zum anderen muß aber auch Europa daran gelegen sein, durch substantielle Eigenleistungen, politisch und materiell, nicht in Abhängigkeiten zu geraten, die der Bedeutung der europäischen Staaten nicht angemessen wären.

Das Ziel, die Einigkeit dieser Staaten in Richtung auf eine Art Europäischer Union im Rahmen der dafür schon vorhandenen Gremien anzustreben, sollte unser aller Anliegen sein. Dabei werden sich von selbst Möglichkeiten ergeben, in Zukunft parallel laufende Anstrengungen zu konzentrieren und dem Ganzen nutzbar zu machen.

Manifestationen wie der Bonner Gipfel werden auch in Zukunft unsere Entschlossenheit zur Erhaltung des Friedens in Freiheit durch Verteidigungsfähigkeit und Dialogbereitschaft weithin sichtbar unterstreichen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Im Anschluß an die Ansprache stellten die Abg. Lagorce und Valleix (Frankreich), Osborn, Wilkinson (Vereinigtes Königreich) und van Eekelen (Niederlande) Fragen zu den antiamerikanischen Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland, zur Rüstungskontrolle gemäß dem geänderten Brüsseler Vertrag, zur Rüstungszusammenarbeit im Bündnis und der Arbeitsteilung bei der konventionellen Rüstung sowie zur Rolle der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe.

Staatssekretär Dr. Leister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erste Frage bezog sich auf Friedensbewegungen und darauf, ob eine verstärkte europäische Einigung auch in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen die pazifistische Bewegung verhindern oder abschwächen könnte. Diese Frage ist nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. Ich glaube, daß die verstärkte Diskussion in all unseren Ländern über Fragen der Sicherheit und der Abschreckung, der Verteidigung, unabhängig davon aufgekommen ist, ob die europäische Einigung Fortschritte gemacht hat oder nicht. Ich glaube, wir hätten das nicht verhindern können, auch wenn wir bisher schon größere Fortschritte in der europäischen Einigung gehabt hätten. Gleichwohl mischt sich in diese Diskussion der Friedensbewegung, der Kirchen, der verschiedensten Gremien, auch sehr stark die Frage, ob nicht die europäischen Länder selbst stärker als bisher über ihre Verteidigung, über ihre Sicherheit mitentscheiden müßten. Deswegen möchte ich die Frage so beantworten, daß Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit mit Sicherheit auf die Diskussion in der Öffentlichkeit über Verteidigung, über Frieden einen guten, einen positiven Einfluß haben werden, ohne damit sa-

gen zu wollen, daß wir deswegen eine Abkoppelung von Amerika in irgendeiner Form befürworten sollten.

Ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen, daß Sicherheitspolitik gerade für die Bundesrepublik im Verbund mit unserem nordamerikanischen Partner wichtig ist, aber ich glaube, daß das europäische Einigungswerk im politischen, aber auch darüber hinausgehend im rüstungspolitischen Bereich einen positiven Einfluß auf die Diskussion in der Öffentlichkeit haben wird.

Zur zweiten Frage, die sich in zwei Unterfragen aufteilt, möchte ich sagen, die von Ihnen angesprochene Liste der Rüstungsgüter nach dem WEU-Vertrag ist in einigen Punkten nicht mehr zeitgerecht. Ich habe das in meiner Rede schon erwähnt. Wir begrüßen es, daß Tendenzen zur Anpassung bestehen, und hoffen, daß der WEU-Rat Ihren Empfehlungen folgen wird.

Zur Frage nach dem deutsch-französischen Kampfpanzerprojekt. Sie wissen, daß die Bundesregierung nach wie vor — ich möchte das hier auch betonen — für die Zusammenarbeit in diesem speziellen Projekt mit Frankreich ist. Gleichwohl gibt es innerhalb des deutschen Parlaments bei allen drei Bundestagsparteien große Vorbehalte, die sich nicht gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich richten, die nichts gegen dieses spezielle Projekt haben, sondern die sich aus der finanziellen Lage, aus den haushaltsmäßigen Überlegungen ergeben, daß zum jetzigen Zeitpunkt bei unserer Armee der Bedarf für einen neuen Panzer, für einen Nachfolger des gerade jetzt in der Truppe eingeführten und noch zur Zeit in der Einführung befindlichen Leopard II sehr früh, eigentlich zu früh kommt und daß das Parlament, vor allem die Haushaltsfachleute große Bedenken und Hemmungen haben, jetzt Mittel zu bewilligen, die sich erst in den Jahren 1995/96 in einem neuen Panzer niederschlagen. Daher muß man die Entscheidung des Parlaments, die noch nicht abschließend gefallen ist, abwarten. Aber aus dieser Richtung kommen die Hauptwiderstände, die Haupteinwände.

Die dritte Frage bezog sich auf die Zusammenarbeit der Verteidigungsminister im Rahmen der EG und im Rahmen der WEU. Es gibt innerhalb der EG keine spezielle Zusammenarbeit der europäischen Verteidigungsminister, keine Absprachen über einzelne Schritte der Verteidigungsplanung, es gibt aber innerhalb der NATO enge Konsultationen auch hinsichtlich der Zusammenarbeit bei der Rüstungsplanung und bei den Rüstungsgütern. Sofern die WEU hier zusätzlich einen Beitrag für eine bessere Koordinierung der Diskussion der europäischen Verteidigungspolitik leisten kann, möchte ich das begrüßen. Man sollte damit aber nicht die unabhängige europäische Programmgruppe, die schon existiert, in ihrer Wirkung in irgendeiner Form unterlaufen, sondern man sollte dieses ergänzend dazu tun, ohne die Arbeit dort zu beeinträchtigen.

Die vierte Frage bezog sich auf die konventionelle Verteidigung der westlichen Allianz. Ich möchte unterstreichen, was Sie in Ihrer Frage gesagt haben, daß durch eine stärkere Spezialisierung und damit auch eine stärkere Standardisierung die westliche konventionelle Verteidigung eine Stärkung erfahren könnte und sollte. Ich habe in meiner Rede gesagt, daß ich es aus zwei Gründen für notwendig halte, einmal um die militärische Stärke zu erhöhen — ich sehe da auch einen Beitrag zur höheren Abschreckungsfähigkeit der westlichen Allianz — und zum zweiten aus finanziellen Erwägungen. Ich halte es für absolut notwendig, daß sich die Militärs unserer Partnerstaaten soweit wie möglich auf gemeinsame militärische Anforderungen einigen, daß sie sie harmonisieren, weil dieses einen Kosteneffekt hat und weil wir in Europa bei unseren Verteidigungsplanungen im Grunde dasselbe Gefechtsfeld haben, so daß wir eigentlich eine stärkere Abstimmung der verschiedenen militärischen Vorstellungen für dasselbe Waffensystem erreichen sollten und könnten.

Der Beitrag von Herrn van Eekelen bezog sich auf die Two-Way-Street nach Amerika. Ich kann nur unterstreichen, was Herr van Eekelen dazu gesagt hat. Ich halte die gegenwärtige Situation nach wie vor für eine One-Way-Street mit ganz wenigen Ausnahmen. Alle europäischen Staaten sollten geschlossen alles tun, um durch eine Einigung zwischen unseren Ländern den Amerikanern konkurrenzfähige Rüstungsprojekte anbieten zu können. Wir sollten die Amerikaner aber auch auf politischer Ebene dazu bringen, daß dieses von beiden Seiten ein Austausch der Rüstungsprojekte wird.

Der Abg. Cavaliere (Italien) stellte eine Frage zur Behandlung der Schwächung des NATO-Bündnisses durch die im Falklandkonflikt abgezogenen britischen Streitkräfte auf dem NATO-Gipfel.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Staatssekretär, ich möchte an die letzte Frage anknüpfen. Es trifft zu, daß durch den Abzug eines großen Teils der NATO-assignierten Flotte — zum Teil 30 bis zu 100 % — eine Schwächung der Nordflanke eingetreten ist. Sie haben in Ihrer guten Rede ein Schwergewicht auf bessere **Konsultationen** gelegt. Wie, glauben Sie, können diese Konsultationen nach dem, was geschehen ist — sowohl die Falklands betreffend als auch den aktuellen Kriegszustand im Nahen Osten —, verbessert werden, inwieweit kann das Crisis-Management in der NATO verbessert werden? Das ist ja das Entscheidende, um unsere Verteidigungskonzeption glaubwürdig zu machen.

Meine zweite Frage betrifft die Rüstungskooperation. Sie haben darin einen Schwerpunkt gesehen und haben unter anderem kritisiert, daß die Zwei-Bahn-Straße nicht so funktioniert. Mein Kollege van Eekelen hat von unserer Reise in die Vereinigten Staaten berichtet. Wir können das bestätigen. Ich möchte Sie fragen, ob bei den trilateralen europäischen Entwicklungen die Hoffnung besteht, daß wir nicht nur in der **Interoperabilität** und **Standardisierung,** sondern auch in der **Senkung der Kosten** weiterkommen. Heute haben Sie erstmals bestätigt, daß das trilaterale Projekt MRCA Tornado einen Systemstückpreis von weit über 100 Millionen DM beinhaltet, denn Sie sagten, der Tornado koste zehn-

mal mehr als der Starfighter, der eine bilaterale Entwicklung ist. Insofern habe ich die Frage, ob solche trilateralen oder multilateralen Entwicklungen so ungeheuer teuer sein müssen.

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine letzte Frage.

Sie haben im Zusammenhang mit dem Rüstungsthema kein Wort zum **Rüstungsexport** gesagt. Ist das beabsichtigt gewesen, nachdem sich die Bundesregierung doch gerade neue Richtlinien gegeben hat, oder ist das ein Indiz dafür, daß diese Richtlinien nicht wirksam sein werden, wie es auch einige Kritiker behaupten?

Staatssekretär **Dr. Leister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Frage ist ausgeführt worden, daß der Falklandkonflikt zu einer Schwächung der Nordflanke der NATO geführt habe, indem britische Marineeinheiten in den Bereich der Falklands gezogen wurden. Dazu muß gesagt werden, daß die britische Regierung die NATO informiert hat, daß der Abzug in der NATO mit den Partnern erörtert und besprochen worden ist und daß dies in der militärischen Beurteilung nur zu einer vorübergehenden Schwächung der Flanke führen soll und führen darf. Wir gehen davon aus — wir haben bisher keinerlei gegenteilige Anzeichen —, daß die Truppen durch die britische Regierung nach Beendigung des Konfliktes schnell wieder in ihre Funktionen an ihren ursprünglichen Ausgangsorten zurückgeführt werden.

Zum anderen muß gesagt werden, daß die Schnelligkeit und die Einsatzbereitschaft, die die britische Marine gezeigt hat, ein positives Moment sind. Dies hat dem Osten gezeigt, in welcher großen Einsatzbereitschaft alle NATO-Kräfte sind. Die Präzision und die Schnelligkeit, mit der die Briten ihre Kräfte mobilisiert haben, sind, auch wenn es zu einer momentanen Schwächung der Nordflanke gekommen ist, aus meiner Sicht ein positives Moment im Sinne der Abschreckungsfähigkeit.

Sie hatten dann noch gefragt, ob sich der NATO-Gipfel auch mit dieser Frage befaßt hat. Es ist richtig, er hat sich damit befaßt. Durch den deutschen Außenminister ist angeregt worden, daß man zu informellen Außenministertreffen ohne feste Tagesordnung kommen sollte, um die Konsultationen und die gegenseitige Abstimmung noch enger als bisher auch in ganz aktuellen Fragen vornehmen zu können.

Herr Abgeordneter Jung, zu Ihrer Frage des Crisis-Management. Ich kann mich auf den letzten Teil meiner Antwort auf die vorherige Frage beziehen. Dieses verabredete, von unserem Außenminister vorgeschlagene informelle Treffen der Außenminister, das innerhalb der NATO zu einer Übung werden sollte, ist Teil eines stärkeren und besseren Crisis-Management im Vergleich zur Vergangenheit.

Zum zweiten Teil ihrer Frage hinsichtlich der Rüstungskooperation und der Rüstungsprojekte. Ich habe in meiner Rede nicht gesagt, daß der Tornado 100 Millionen DM kosten wird, gleichwohl können Befürchtungen in der Richtung, wenn eines Tages der letzte Tornado ausgeliefert sein wird, im Moment von mir nicht vom Tisch gefegt werden. Ihre Frage zielte darauf ab, wie wir zu einer Kostensenkung kommen können. Ich will Ihnen da eine ganz klare Antwort geben. Ich habe das vorhin in meiner Beantwortung schon gesagt. Es scheint mir ganz wesentlich zu sein, daß in Zukunft die militärischtaktischen Forderungen, die an ein Waffensystem gestellt werden, stärker harmonisiert werden, daß nicht jede militärische Streitkraft versucht, aus ihrer Sicht besondere taktische Spezifikationen in ein Waffensystem hineinzubringen. Dies erhöht bei einer Kooperation schon vom Ansatz her die Kosten. Das ist also die militärische Seite.

Zur industriellen Seite: Mir scheint es absolut notwendig, daß sich unsere europäischen Industrien stärker als in der Vergangenheit bemühen, zu kostendämpfenden Maßnahmen zu kommen. Ich glaube, es ist absolut notwendig, zu sehen, daß wir nicht jede Spitzentechnologie in unsere Waffensysteme einbauen müssen. Auch die Industrie muß da ihren Beitrag leisten, muß uns mit Bezug auf die militärischen Forderungen, die auch eingeschränkt werden müssen, kritisch sagen: Ihr könnt 95 oder 98 % der Wirkung der Waffe oder des Waffensystems haben mit einer Technologie die um so vieles billiger ist. Dieses gepaart mit der Harmonisierung der militärischen Forderungen und mit dem Abbau des Verlangens nach absoluten Spitzentechnologien kann dann durch eine im Rahmen der Kooperation größere Serie und eine höhere Stückzahl der Systeme ergänzt werden. Ich sehe darin einen echten Beitrag zu kostensenkenden Maßnahmen. Wir können durch Kooperation kostengünstigere Waffensysteme erreichen. Dazu ist es auch notwendig, daß wir in solche aufwendigen Zwischengremien, wie wir sie bei dem trilateralen Projekt Tornado mit PANAVIA und NAMMA gehabt haben, die schwer kontrollierbar und schwer steuerbar sind, Steuerungs- und Kontrollsysteme einbauen, damit man die Kosten jederzeit kontrollieren, steuern und im Griff behalten kann. Dieses ist in einem bilateralen Projekt leichter als in einer trilateralen Zusammenarbeit oder wenn vier oder fünf Staaten beteiligt sind. Gleichwohl ist aus dem Tornado die Lehre zu ziehen, daß wir zu schärferen Steuerungs- und Kontrollsystemen kommen müssen, wenn wir eine Zusammenarbeit solchen Umfangs leisten wollen.

Tagesordnungspunkt:

Internationale Luftfahrtkonsortien: Richtlinien aus dem Kolloquium am 9. und 10. Februar 1982

(Drucksache 916)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson

Freiherr Dr. Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Sitzung sehr viel davon gesprochen, wie wir unserem Gremium, der Westeuropäischen

Union, mehr Aufgaben geben können. Wir fragen uns immer wieder, wie wir aktiver werden können. Dazu sind Vorschläge gemacht worden. Es ist gesagt worden, wir Europäer sollten uns zusammenschließen und die europäischen Aspekte innerhalb der NATO mehr betonen. Ich muß sagen, ich habe da immer ein bißchen ein ungutes Gefühl, weil ich fürchte, daß die Tatsache, daß wir uns mehr unter europäischen Gesichtspunkten zusammenfinden, die Ursache für etwas sein könnte, was wir alle nicht wollen, daß dies nämlich für uns gefährlich werden könnte, weil wir innerhalb der NATO in einen gewissen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten geraten könnten. Wenn es aber ein Gebiet gibt, auf dem wir aus sehr naheliegenden Interessen, die gleichzeitig der Funktion der NATO dienen — ich wiederhole: aus Interessen, die gleichzeitig der gemeinsamen Funktion der NATO dienen —, tätig werden können, dann ist es just dieses Gebiet, das im Bericht des Kollegen Wilkinson angesprochen wird. Es geht dabei um die Frage, ob wir Europäer es nicht schaffen und in Zukunft noch stärker schaffen sollten, gerade **bei Rüstungsprogrammen zusammenzuarbeiten.** Der Kollege Brown hat gerade gesagt, es sei für ihn enttäuschend gewesen, zu erfahren, daß ein Tornado, der in England oder Deutschland gebaut wird, in Italien nicht repariert werden könne oder umgekehrt. Ich glaube zunächst nicht, daß diese Erfahrung so verallgemeinert werden kann: Wir haben über diesen Bericht Wilkinson in unserem Ausschuß erheblich diskutiert, und ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, wie sehr wir dem Kollegen Wilkinson, den ich zu seinem Bericht beglückwünsche, dankbar sind, daß er nicht nur sein Engagement als Flieger in die Erstellung dieses Berichts eingebracht hat, sondern auch seine persönlichen Freundschaften, wie man immer wieder erfahren konnte, zu Militärpiloten, die dieses Flugzeug in Frankreich und in Deutschland geflogen haben. Es ist ihm natürlich, nachdem er alle drei Sprachen glänzend beherrscht, sehr leicht gewesen, diese Kontakte zu den früheren Kollegen — er ist selbst Militärpilot gewesen, wie er gesagt hat — in den Bericht einzubringen. Was wir vor diesem Hintergrund erfahren haben, widerspricht eigentlich dem, was der Kollege Brown gesagt hat.

Es widerspricht aber nicht nur dem, sondern ich kann auch aus eigener Erfahrung sagen, daß gerade dieses Tornadoprojekt eine große Publicity erlangt hat. Das Projekt hat in Deutschland große Wellen geschlagen, weil es das berühmte „Tornado-Loch" gab, ein Loch von Hunderten von Millionen D-Mark. Ich will mich in der Größenordnung gar nicht festlegen. Es hat unsere Regierung zumindest aber den Verteidigungsminister gefährdet. Es gab einen Untersuchungsausschuß, der feststellen sollte, wieso man nicht gewußt hat, wieviel mehr das Projekt gegenüber den Voranschlägen kosten würde. Es ist wahrscheinlich auch in unseren Nachbarländern nicht verborgen geblieben, welche große Publicity dieses „Tornado-Loch" erlangt hat. Aber gerade angesichts der finanziellen Schwierigkeiten dieses Projekts sind wir als Abgeordnete von Piloten, die dieses Flugzeug fliegen, angesprochen worden. Sie haben uns gesagt: „Seid doch nicht so kleinlich, macht doch dieses Projekt nicht kaputt; das ist ein fantastisches Flugzeug; wir alle sind damit einverstanden, wir haben gar nicht erwartet, daß dieses Flugzeug so gut ist; wir haben eine gemeinsame Ausbildung am Flugzeug zusammen mit Piloten der anderen europäischen Staaten gehabt." Diese Piloten haben also uns Abgeordnete beschworen, gerade uns Abgeordnete der Opposition, die Regierung nicht zu viel und nicht zu scharf anzugreifen, weil sie begrüßenswerte positive Erfahrungen mit diesem Tornadoflugzeug haben. Sie haben dieses Flugzeug als Anfang einer Entwicklung gesehen.

Ich muß zum Schluß kommen. Die erwünschte militärische Zusammenarbeit in der Entwicklung militärischer Projekte setzt natürlich eine Harmonisierung voraus. Wenn die Militärs wollen, daß wir zusammenarbeiten — und das wollen sie —, dann müssen sie im Vorfeld die Ziele koordinieren, dann müssen die Staaten die Forderungen und die Zeitplanungen koordinieren. Wenn diese drei Aspekte gegeben sind, von denen zwei rein dem militärischen Bereich zuzuordnen sind, dann meine ich, daß wir auf dem einmal mit dem großen Projekt Tornado beschrittenen Weg fortfahren sollten, daß wir uns nicht entmutigen lassen sollten. Wir dürfen die positiven Erfahrungen mit Abwicklung und Produktion des Tornado — die Finanzierung lasse ich jetzt einmal vornehm beiseite — nicht wegschütten. Dieses — damit bin ich wieder am Anfang dessen,was ich sagte — ist ein gemeinsames europäisches Projekt. Auf dieser Grundlage sollten wir weiterarbeiten, auch für eine folgende Generation. — Ich danke Ihnen.

Empfehlung 385

betr. internationale Luftfahrtkonsortien — Richtlinien aus dem Kolloqium am 9. und 10. Februar 1982

Die Versammlung ...

empfiehlt dem Rat,

1. die Wirksamkeit des Ständigen Rüstungsausschusses als Organ zur Förderung von Zusammenarbeit, Interoperabilität und, wo möglich, Standardisierung des Verteidigungsgeräts der WEU-Mitgliedstaaten dadurch zu verstärken, daß die Zahl der Sachverständigen in diesem Ausschuß erhöht und das Niveau der politischen Unterstützung seiner Arbeit durch die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten angehoben wird;
2. die in der WEU vertretenen Regierungen zu veranlassen, die lebenswichtige Rolle, die die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) im Hinblick auf die Harmonisierung der nationalen operationalen Erfordernisse und der nationalen Zeitpläne für Geräteaustausch auf europäischer Ebene spielt, dadurch zu verstärken, daß der Vorsitz der IEPG turnusmäßig einem Verteidigungsminister übertragen wird und die IEPG der Versammlung regelmäßig Berichte über die erzielten Fortschritte übermittelt;
3. sich um eine möglichst wirksame Nutzung der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD) zu bemühen, da die gegenseitigen Ver-

teidigungsverpflichtungen des Atlantischen Bündnisses von gemeinsamen Schritten, nicht nur in bezug auf die Strategie, sondern auch bei der Beschaffung von Gerät und in der Logistik, begleitet sein müssen;

4. den politischen Willen der WEU-Mitgliedstaaten auf höchster Regierungsebene zu verstärken, um eine Zusammenarbeit im Hinblick auf den Bedarf der europäischen Streitkräfte des Atlantischen Bündnisses an Ersatzgerät dadurch zu erzielen, daß die Politik in bezug auf die Verwirklichung eines ausgewogenen und gerechten europäischen und atlantischen Rüstungsmarktes auf der Tagesordnung der Konferenzen der Regierungschefs, der regelmäßiger stattfindenden Tagungen und der Routinesitzungen der Verteidigungs- und Außenminister des Bündnisses fest verankert wird;

5. die Mitarbeiter der Verteidigungsministerien der WEU-Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, zusätzlich zu den operationalen Erfordernissen ihrer nationalen Streitkräfte Kriterien zu berücksichtigen wie etwa die Marktfähigkeit von Verteidigungsgerät in überseeischen Ländern, die Notwendigkeit der Kostenkontrolle, wobei ein höherer Grad an technischer Perfektion, als zur Erzielung einer substantiellen Überlegenheit über jede wahrscheinliche Bedrohung erforderlich ist, zu vermeiden ist, und die Vorteile — auf industrieller wie militärischer Ebene — einer Beteiligung der übrigen Bündnisländer an der Herstellung und Beschaffung von Verteidigungsgerät der Spitzentechnologie;

6. so bald wie möglich die Einbeziehung industrieller Interessen, einschließlich bestehender europäischer Konsortien, in die Konzipierung und Definition künftiger Raumfahrtprojekte zu fördern, und zwar entweder auf nationaler Ebene oder auf der Ebene der Gruppe der europäischen Verteidigungsindustrien (EDIG) oder vorzugsweise auf beiden Ebenen, um schon in der Phase der Konzipierung einen Markt für solche Projekte und ihre Kommerzialisierung sicherzustellen, wobei das erste Projekt dieser Art ein neues europäisches Kampfflugzeug sein sollte;

7. die nationalen Regierungen in der WEU dringend aufzufordern, auf dem Luftfahrtsektor eine Industriepolitik zu verfolgen, die die Entwicklung einer unabhängigen europäischen Kapazität in der Raumfahrt mehr fördert als die kostspielige Aufrechterhaltung rein nationaler Raumfahrtkapazitäten, und zu diesem Zweck sicherzustellen, daß eine Strategie der Zusammenarbeit in Europa unter größtmöglicher Nutzung der bestehenden Konsortien für die Konzipierung, Entwicklung und Herstellung neuer Luftfahrtprojekte beibehalten wird;

8. fordert die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten auf, gegenüber den Europäischen Gemeinschaften zu bekräftigen, daß es notwendig ist, dem Rat der EWG sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge über eine Harmonisierung des Gesellschaftsrechts und der Steuersysteme zu unterbreiten, um die Bildung transnationaler Konsortien innerhalb der EWG zu erleichtern;

9. gegenüber den Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten ausdrücklich zu betonen, wie wichtig es ist, das Konzept der Familien von Flugzeugtypen im europäischen Rahmen überall dort zu verwirklichen, wo eine übermäßige Konkurrenz die europäische Industriekapazität zu schwächen droht;

10. die Regierungen der Mitgliedstaaten eindringlich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Regierung der Vereinigten Staaten klar zu machen, daß die Entwicklung eines ausgewogenen und gerechten atlantischen Markts für die Produkte der militärischen Raumfahrt eine unabweisbare politische Notwendigkeit ist, die auch der Unterstützung durch den Kongreß bedarf, um die Beschränkungen für europäische Importe aufzuheben, wie etwa das Speciality Metals Amendment.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage im Nahen Osten

(Drucksache 923)

Berichterstatter: Abg. della Briotta

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich bewundere immer Kollegen, die ohne intellektuelle Zweifel eine gerade Linie in diese Versammlung bringen können. Ich muß gestehen, daß ich insofern einigen meiner Vorredner hier meine volle Bewunderung aussprechen muß. Ich füge allerdings hinzu, daß mindestens eine Rede für mich akustisch zu laut war, als daß ich glauben konnte, daß alles das, was darin gesagt wurde, auch so stimmen müßte.

Wir haben einen Bericht vorgelegt bekommen, dessen Überschrift lautet: „Situation im Mittleren Osten". Mir fällt bei diesem Stichwort sofort eine Menge ein, beispielsweise der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran mit zigtausend Toten. Mir fällt ein die Verfolgung der Bahai im Iran mit mindestens 15 000 Opfern. Mir fällt ein die Aktivität des syrischen Geheimdienstes gegen die Fundamentalisten und andere Oppositionsgruppen — der Kollege van den Bergh hat bereits darauf hingewiesen — mit mindestens 15 000, wahrscheinlich aber noch mehr Toten in den letzten Monaten. Mir fällt die permanente Bombardierung und Beschießung der kurdischen Minderheit im Irak ein. Mir fallen die öffentlichen Hinrichtungen in verschiedenen Staaten des Mittleren Ostens ein.

Ich muß gestehen, daß ich in diesem Dokument über all diese schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte nicht ein Wort finde, sondern lediglich den einen, in der Tat sehr aktuellen, aber eben nur den einen Aspekt der gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzung im Libanon.

Herr Präsident, weil alles andere fehlt, enthält dieses Dokument bereits in der Überschrift einen Etikettenschwindel; denn was hier beschrieben werden soll, umfaßt nicht die Situation im Mittleren Osten, sondern lediglich einen Teil der Situation im Mittleren Osten. Diesen Teil können wir aber überhaupt nicht richtig werten, wenn wir nicht die anderen Punkte, die ich angeführt habe, mit in die Debatte und in die Entschließung einführen.

Wir haben hier eine Reihe von Erwägungsgründen vorliegen, interessante, richtige, aber auch einige, bei denen ich nur mein Bedauern ausdrücken kann. Wenn der Herr Berichterstatter eben gesagt hat, das Thema Camp David sei offenbar für die meisten schon sehr weit weg, dann kann ich nur die Frage stellen, ob der Herr Berichterstatter vielleicht innerhalb der letzten acht Wochen das Thema nicht verfolgt hat. Ich kann mich erinnern, daß Israel in den letzten acht Wochen den gesamten Sinai auf Grund des Camp-David-Abkommens freigegeben hat. Und ich möchte uns alle einmal fragen, ob es einen Mitgliedstaat der Westeuropäischen Union gibt, der in einer friedlichen Vereinbarung ein so großes, verteidigungspolitisch wichtiges Gebiet wieder zurückgegeben hat, obwohl er nicht dazu gezwungen werden konnte.

Herr Präsident, ich bin ein wenig überrascht, wenn ich hier die Debatte zum Thema **Libanon** höre. Es klingt so an — und auch dies entnehme ich dem Dokument —, als sei der Libanon ein friedlicher Staat gewesen, der in den vergangenen Jahren mit seiner vollen Autorität geherrscht hätte und erst durch den Überfall der israelischen Armee zerschlagen worden sei. Vergessen wir doch bitte nicht, daß dieser Staat seit sieben Jahren als Staat praktisch gar nicht existiert! Vergessen wir nicht, daß sich im Norden eine christliche Minderheit jahrelang gegen die verschiedensten Truppen wehren mußte, um einen neuen Völkermord zu verhindern! Vergessen wir nicht, daß in diesem Libanon eine syrische Armee, die einer unserer Kollegen als sehr friedfertig bezeichnete — ich glaube, im Gegensatz zur Realität —, die Möglichkeiten der libanesischen Regierung praktisch auf Null gedrückt hat! Vergessen Sie nicht, daß es dort einen Landstrich gab, der als Fatah-Land bekannt ist, wo sich die Beamten der libanesischen Regierung überhaupt nicht mehr hingewagt haben. Als ich das letztemal in Beirut war, hat mir ein durchaus bekannter Libanese gesagt: Meine Regierung ist die friedlichste Regierung der Welt; sie wagt es nicht einmal, sich in die inneren Angelegenheiten ihres eigenen Landes einzumischen. — Leider ist dies eine Realität, die man sehen muß.

Wenn wir die ganzen Jahre zur Zerschlagung der libanesischen Souveränität geschwiegen haben, aber mit einem Male mit großer Intensität diesen neuen Fall ihrer Verletzung anprangern, dann habe ich zwar Verständnis dafür, aber daß diese Einseitigkeit ein ausgewogener Bericht sein soll, so, wie wir es hier normalerweise haben möchten, kann ich leider nicht akzeptieren.

Halten Sie mich bitte nicht für naiv, meine verehrten Damen, meine Herren, ich weiß, was die Leiden der Zivilbevölkerung dort bedeuten. Ich weiß, was Luftangriffe bedeuten. Ich weiß, was es bedeutet, von einer gegnerischen Armee überrollt zu werden. Und ich weiß, was es bedeutet, auf der Flucht zu sein, obdachlos zu sein, keine Lebensmittel zu haben und möglicherweise nicht einmal eine geregelte Wasserversorgung. Aber gerade deswegen, verehrter Herr Präsident, wäre es mir viel lieber gewesen, wenn wir in diese Entschließung eine Aufforderung an unsere Regierungen eingearbeitet hätten, daß alle Regierungen möglichst schnell humanitäre Hilfe leisten, damit die Menschen, die von den Kämpfen betroffen sind, nicht noch mehr leiden müssen, als sie es im Augenblick tun. Aber ich muß hinzufügen: Leider finden wir hierzu keinen einzigen Satz. — Statt dessen finden wir die alte gebetsmühlenartige Forderung von der **Anerkennung der Rechte der Palästinenser.** Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es hätte längst einen Palästinenser-Staat gegeben, wenn 1948 nicht die arabischen Armeen aus Jordanien und Ägypten den Ansatz dieses Staates zerschlagen hätten. Seien wir doch einmal ehrlich: Wo ist denn die Solidarität mit den Palästinensern im arabischen Raum gewesen? Ich habe fast den Eindruck, daß hier heute markigere Worte zugunsten der PLO gefallen sind als in den Regierungen der arabischen Staaten.

Ich habe ein Erlebnis gehabt — und dies muß ich zum Schluß sagen —: Ich bin wie viele unserer Kollegen vor vier Wochen in Israel gewesen. Ich habe mit einer Frau gesprochen, deren Familie ich seit Jahren kenne. Diese Frau war an dem Tage sehr verstört. Ihre Tochter, acht Jahre alt, hatte auf dem Schulhof eine Bombe gefunden, die mit einem Zeitzünder versehen war, der genau auf die große Pause, in der die sechs- bis zehnjährigen Kinder auf diesem Schulhof herumgespielt hätten, eingestellt war. Ich möchte, verehrter Herr Präsident, dieser Mutter noch in die Augen sehen können. Ich sage deswegen: Ich melde meinen Protest auch gegenüber dieser etwas verbesserten Resolution an.

Freiherr Dr. Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es gibt politische Situationen in der Welt, zu denen man, auch wenn man sich damit beschäftigt hat, zu der Auffassung kommt, daß man sie letztlich in ihren Ursprüngen und in ihren Gegebenheiten nicht vollständig verstehen kann. Dazu gehört sicherlich auch die Situation im Nahen Osten. Es ist daher sehr verständlich, daß ein Bericht und ein Empfehlungsentwurf, die uns vorliegen und die in kurzer Zeit verfaßt werden mußten, nicht alle Aspekte einer so komplizierten und kaum zu durchschauenden Situation einfangen können. Wir haben ja auch über eine ganze Menge von Änderungsanträgen zu beraten. Das ist sicherlich nichts, was gegen den Bericht gerichtet ist, sondern ist einfach eine Folge der Tatsache, daß die Situation und die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, so schwer durchschaubar sind.

Ich meine aber, daß bei einer Debatte, wie wir sie heute führen, wir uns doch einmal die Frage stellen müssen, warum in der Weltmeinung oder jedenfalls in einem Teil der Weltmeinung jetzt plötzlich die Israelis so angegriffen werden, daß sie die Bösen sind,

daß jetzt von der Zivilbevölkerung gesprochen wird, daß gesprochen wird von diesen schrecklichen Leiden. Warum haben vorher auch wir, die europäischen Staaten, so wenig getan, um die **Leiden der Zivilbevölkerung** zu beenden? Sie wurde immer wieder von diesem 40 km breiten Streifen aus in Israel angegriffen. Über Monate hinweg bestand Tag und Nacht Unsicherheit bei Frauen und Kindern, eben bei der Zivilbevölkerung. Immer konnte eine Rakete, immer eine Granate eingeschlagen haben. Wie wenig ist uns das nahegegangen, wie wenig haben wir als europäische Staaten und wie wenig hat die öffentliche Meinung in unseren europäischen Staaten darauf Bezug genommen!

Wir müssen in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die PLO immer wieder ganz offen und ganz klar und ohne jede Bedingung gesagt hat: Wir wollen diesen israelischen Staat vernichten. Das ist doch eine Tatsache, das kann doch niemand bestreiten.

Ich glaube, daß es auch einem Deutschen oder gerade einem Deutschen nicht schlecht ansteht, einmal darauf zu verweisen, daß gerade die Juden, daß gerade Israel, dieser Staat der Juden in den letzten 50 Jahren erfahren hat, daß man Anfängen wehren muß, daß man, wenn man sich nicht wehrt, wenn man sich nicht rechtzeitig auf Entwicklungen einstellt, mit schlimmen Folgen rechnen muß. Ich glaube, man muß ein gewisses Verständnis dafür haben, daß sich die Israelis gegen die Anfänge wehren, gegen die seit langem geführten Angriffe gegen die Zivilbevölkerung.

Wir alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, akzeptieren den Anspruch der Palästinenser, eine Heimat zu haben. Wenn wir diesen Anspruch akzeptieren, wenn wir wünschen, daß er eines Tages auch zu einem Ziel kommt und die Palästinenser wieder zu einer Heimat kommen, dann bedeutet das jedoch keine Identifizierung mit der PLO. Dies kann nicht Identifizierung mit der PLO bedeuten, weil die Taktik der PLO eines bedingungslosen Nein zum Staate Israel, weil die Taktik der PLO der Nadelstiche, wie wir sie seit langem erleben, des Beschusses mit einzelnen Raketen, der Taktik der Einzelaktionen, der Terroraktionen, nicht der richtige Weg sein kann, um dem palästinensischen Volk wieder eine gesicherte Heimat zu verschaffen. Gewalt ist kein richtiger Weg für die Durchsetzung dessen, was man für sein Recht hält. Ich darf in diesem Zusammenhang auch die Falklandinseln noch einmal erwähnen. Gewalt ist nicht erst jetzt von den Israelis angewandt worden, sondern sie wird von der PLO schon seit langem gegen diesen Staat angewendet. Wir müssen alle dazu beitragen, einen friedlichen Weg zu finden. Wenn die Israelis jetzt mit der Folge dieser schrecklichen Leiden der Zivilbevölkerung, die wir alle bedauern und von denen wir wünschen, daß sie bald zu einem Ende kommen, angegriffen haben, so meine ich doch, auch wenn wir die Gewalt nicht hinnehmen können, daß wir für diese Aktion nach der Vorgeschichte, die wir sehen müssen, einen gewissen Grad von Verständnis haben müssen. Ich möchte dieses Verständnis ausdrücken, und ich hoffe, daß unsere Resolution, die besagt, daß diese Aktion dazu führen möge, daß möglichst bald die PLO und die syrischen Truppen, aber auch die israelischen Truppen vom libanesischen Staatsgebiet zurückgezogen werden, in dieser Situation trotz aller Opfer vielleicht einen Kern zur Bereinigung, eine Plattform schafft, auf der hoffentlich das entsteht, was wir alle wünschen, nämlich Frieden im Libanon, eine Heimat für die Palästinenser, und, was wir alle wünschen, Frieden für Israel. — Ich danke Ihnen.

Empfehlung 386

betr. die Lage im Nahen Osten

Die Versammlung

bedauert den Kriegsausbruch im Nahen Osten;

erinnert an die Empfehlungen 341 und 349, die von der Versammlung der WEU mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden;

unterstützt die Entschließungen 508 und 509 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;

erinnert an ihre oft wiederholte Verurteilung von Terrorakten, wo immer in der Welt sie stattfinden, und bekräftigt, daß militärische Vergeltungsaktionen, insbesondere solche, die die Verstümmelung und Tötung der unschuldigen Zivilbevölkerung einschließen, völlig unvertretbar sind;

stellt fest, daß die Errichtung eines dauerhaften Friedens in dieser Region unerläßlich für die Sicherheit Europas und für die Stabilität in der Welt ist;

stellt mit Bedauern fest, daß die Bestimmungen des Abkommens von Camp David über den zukünftigen Status der Palästinenser immer noch nicht verwirklicht worden sind;

ist der Auffassung, daß die Wiederherstellung der Autorität der libanesischen Regierung über das gesamte libanesische Territorium unerläßlich ist für die Errichtung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten;

bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß ihr Politischer Ausschuß die Entwicklungen im Nahen Osten verfolgt und ihr in der nächsten Sitzung Bericht erstattet;

empfiehlt dem Rat:

1. die Entschlossenheit Europas klar zum Ausdruck zu bringen, für die Souveränität des Libanons einzutreten und ihre Wiederherstellung zu unterstützen;
2. die derzeitige israelische Aggression vorbehaltlos zu verurteilen und zum Abzug aller nicht-libanesischen Streitkräfte, mit Ausnahme der Interimsstreitkräfte der Vereinten Nationen, aus dem Libanon aufzurufen;
3. daran zu erinnern, daß die Probleme der Erhaltung des Friedens im Nahen Osten nicht gelöst werden können, ohne daß das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in ei-

nem nationalen Territorium sichergestellt und das Recht des Staates Israel auf eine Existenz innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen anerkannt wird.

Donnerstag, 17. Juni 1982

Tagesordnungspunkt:

Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten für den internationalen Frieden und die gemeinsame Sicherheit

(Drucksache 914)

Berichterstatter: Abg. van Eekelen

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Im Jahre 1946 hat ein sehr geschätzter europäischer Politiker, der mehrfache belgische Minister und Ministerpräsident und spätere Generalsekretär der NATO, Paul Henri Spaak, einmal folgende Formulierung gebraucht: 200 Millionen Europäer leben in Angst vor 200 Millionen Russen mit der Unterstützung von 200 Millionen Amerikanern.

Er hat damit eine Beschreibung gegeben, wie sie dem Jahre 1946 durchaus angemessen war. Wir in Europa sollten nie die großen Leistungen des Marshall-Plans vergessen, der ganz entscheidend dazu beigetragen hat, daß Wohlstand, Beschäftigung, Wiederaufbau in Europa überhaupt möglich waren.

Nun wissen wir, daß, wenn ein langandauerndes Verhältnis zwischen zwei Partnern besteht, dies auf die Dauer nicht ungetrübt ist. Wir wissen, daß gerade in den letzten Jahren immer wieder **Diskussionen zwischen den Europäern und den Amerikanern** aufgetaucht sind, Diskussionen etwa, die das Burden Sharing bei der Frage der Verteidigung betreffen, Diskussionen etwa, die die Wirtschaftsbeziehungen betreffen. Gerade in diesem Bereich spielen in Ländern mit einer freien Marktwirtschaft wirtschaftliche Interessen oft eine große Rolle. Wir wissen, daß die Wirtschaftsinteressen manchen Ärger zwischen den Partnern bereitet haben.

Wir erlebten das erst kürzlich in der Frage des Gasgeschäfts europäischer Staaten mit der Sowjetunion. Ich persönlich bin gegen dieses Gasgeschäft. Ich muß zur gleichen Zeit anmerken, daß wir natürlich auf der anderen Seite auch die Getreideverkäufe der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion in den Kontext dieser Diskussionen mitaufnehmen müssen.

Ich glaube, daß bei dem Gipfeltreffen in Versailles — und das hat unser Berichterstatter schon erwähnt — mit dem Beschluß, in Zukunft bei Krediten mit Ostblockstaaten etwas mehr Vorsicht walten zu lassen, ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, auch wenn nicht das erreicht wurde, was wohl der amerikanische Präsident, aber auch politische Kräfte hier in Europa wollten.

Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung — und er ist in dem Bericht erwähnt — sind die Verhältnisse in Mittelamerika. Wir wissen, daß in den Vereinigten Staaten Bedenken gegenüber dem bestehen, was in Europa gelegentlich geäußert und — was noch schlimmer ist — getan wird. Es gab Kritik an dem Vertrag über Waffenlieferungen von Frankreich an Nicaragua. Ich glaube, ein amerikanischer Bürger, der weiß, daß seine Soldaten etwa in Berlin, fern der Heimat, zur Verteidigung der Freiheit stehen, hat wenig Verständnis dafür, daß aus diesem Berlin Millionen-Summen für Waffenkäufe an Guerillas in El Salvador überwiesen worden sind.

Das sind Punkte, die immer wieder Spannungen zwischen den Europäern und den Amerikanern hervorrufen, wenngleich ich feststellen möchte, daß auch dank des Gipfeltreffens, das gerade stattgefunden hat, eine gewisse Verbesserung der Beziehungen erreicht werden konnte. Ich möchte das unterstreichen, was mein Vorredner, der Kollege Hardy, aus einer ganz anderen Fraktion gerade bemerkte, nämlich, wie wichtig es sei, daß bei den beiderseitigen Abrüstungsverhandlungen, die zu einem gleichmäßigen, ausgewogenen Abbau der Rüstungsbestrebungen führen sollen, sowohl die Amerikaner wie die Europäer im Bündnis an einem gemeinsamen Strang ziehen.

Freilich möchte ich auch hier in einer Fußnote anmerken, daß, wenn, was ich nicht hoffe, was aber eintreten kann, die Abrüstungsverhandlungen im Bereich INF nicht bis zum Herbst 1983 zu einer Entscheidung führen, die Europäer standhaft und nicht in Feigheit vor irgendwelchen Widerstandsgruppen in ihren eigenen Ländern sich an die einmal gefällten Beschlüsse halten.

Ein großes Problem zwischen den Vereinigten Staaten und Europa scheint mir zu sein, daß in der Informationspolitik Lücken vorhanden sind. Es wird immer wieder das Negative in den Vordergrund gestellt. Ich erinnere mich an den Besuch des Ausschusses Ende März in Washington: Damals standen in einer Sonntagszeitung drei Meldungen über Europa; aber alle drei berichteten von Demonstrationen gegen die Amerikaner. — Leider wird also immer nur das Negative, nicht das Positive in den Vordergrund gestellt. Es ist daher ganz entscheidend — und ich möchte da ausdrücklich das unterstreichen, was der Berichterstatter in seinem Bericht gesagt hat; ich möchte ihm dafür danken —, die gegenseitigen Informationen zu verbessern, die Kontakte zu verstärken. Dies gilt in ganz großem Umfange auch für den Bereich der Politiker.

In diesem Sinne dürfen wir für den Bericht dankbar sein und sollten ihm zustimmen.

Jung (Kandel) (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sehr schade, daß für diesen wichtigen und hochaktuellen Bericht des Kollegen van Eekelen zu wenig Zeit für eine intensive Diskussion verbleibt. Wir haben aber im Laufe dieser WEU-Sitzung in dieser Woche Gelegenheit gehabt, wenigstens Teilbereiche zu behandeln. Ich möchte versuchen, mich jetzt auf einige wenige Punkte zu konzentrieren.

Es ist ganz ohne Zweifel, daß die Vereinigten Staaten im Kreise der freien Völker Westeuropas und Nordamerikas Führungs- und Schutzmacht, Hauptverbündeter und gewichtigster Wirtschaftspartner sind. Die **europäisch-amerikanische Partnerschaft** hat sich in über drei Jahrzehnten nicht nur bewährt, sondern sie hat auch den Frieden in Europa gesichert. Das muß hier vorweg festgehalten werden. Sie ist auch heute der maßgebliche Faktor für die internationale Sicherheit und Stabilität, insbesondere dank der europäisch-amerikanischen Abstimmung im Sicherheits- und im Rüstungskontrollbereich im Hinblick auf die Ausarbeitung einer gemeinsamen westlichen Position — der Kollege Müller hat darauf hingewiesen —, insbesondere natürlich für uns Europäer im Bereich der INF-Verhandlungen in Genf.

Wir sollten natürlich auch nicht verschweigen, daß es eine Reihe von Irritationen, im vergangenen Jahr insbesondere, gegeben hat, aber — und das muß hier einmal ganz deutlich festgestellt werden — nach der Amtsübernahme Präsident Reagans hat sehr bald eine Politik Gestalt angenommen, die ein hohes Maß an Kontinuität erkennen ließ. Wenn es früher zu Fehlinterpretationen in Europa kam, was teilweise zu einem negativen Image der neuen amerikanischen Administration führte, so haben hierzu sicher auch eine Reihe mißverständlicher Äußerungen aus Washington beigetragen. Auch das kann nicht geleugnet werden. Sie waren aber, wie wir heute feststellen können, Nachwehen einer Wahlkampfrhetorik, die sich an die eigene Wählerschaft richtete. Wir als Politiker sind auch nicht frei davon, auch in diesem Gremium zurückzufallen in eigene Wahlkämpfe. Ich meine, insofern sollten wir Verständnis haben.

Ein Wendepunkt in dieser Entwicklung war die Rede Präsident Reagans vom 18. November 1981. Ich möchte hier festhalten, daß wir diese historische Rede des Präsidenten und alle darin enthaltenen Aspekte unterstützen, denn dort hat er ein weitreichendes Programm entwickelt, das alle Bereiche der Sicherheitspolitik umfaßt, und Initiativen für eine Rüstungskontrollpolitik entwickelt, die der Schaffung eines stabilen Friedens dienen.

Wie alle seine Vorgänger scheint auch Präsident Reagan erkannt oder die Erfahrung gemacht zu haben, daß Außen- und Sicherheitspolitik den Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Grundsätzliche Übereinstimmung in fundamentalen Interessen und Zielsetzungen — das muß man auch sagen, und das ist offensichtlich auch erkannt — schließt Meinungsunterschiede in Teilbereichen der Außenpolitik nicht aus. Wir sollten klarmachen, daß solche Differenzen nicht Ausdruck einer grundsätzlichen Interessendivergenz sind, sondern vielmehr das normale Austragen von Meinungsunterschieden zwischen befreundeten Staaten, deren Interessen nun einmal nicht immer deckungsgleich sind. Die intensive und auch kontroverse Erörterung unterschiedlicher Standpunkte ist für Gesellschaften, die sich zur Offenheit bekennen, etwas Normales. Das ist ein Wesensmerkmal freier Völker und gleichberechtigter Partner.

Kollege van Eekelen hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, mangelnde Information, Emotionen und Klischees sind geeignet, das sachliche Gespräch zu erschweren. Ich meine, eine Reihe von Problemen darf nicht so aufgebauscht werden, daß dadurch Vorurteile innerhalb des Bündnisses entstehen. Ich verweise hierzu auf Sorgen, die sich aus der US-Hochzinspolitik, aus protektionistischen Neigungen, die erkennbar sind, aber auch aus den Befürchtungen ergeben, die die amerikanische Administration bezüglich des Erdgas-Röhren-Geschäfts hat, die aber nach unserer Meinung — das wurde hier schon wiederholt gesagt — so nicht bestehen können und auch nicht begründet sind.

Wichtig erscheint mir, daß vor wenigen Tagen die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses in Bonn ein **Programm für Frieden in Freiheit** verabschiedet haben, das das Bekenntnis zur Sicherheitspolitik als einem vorrangigen Ziel des Bündnisses erneuert, nämlich Kriege zu verhüten und unter Wahrung der Freiheit die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Auf dieses Ziel sind die zentralen Elemente der Sicherheitspolitik des Bündnisses gerichtet: Abschreckung, Verteidigung ebenso wie Rüstungskontrolle und Abrüstung entsprechend dem Harmel-Bericht des Jahres 1967.

Empfehlung 387

betr. die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten für internationalen Frieden und gemeinsame Sicherheit

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß der Zusammenhalt der freien Welt eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Friedens, der europäischen Sicherheit und der wirtschaftlichen Erholung ist;

stellt fest, daß die europäischen und amerikanischen Partner im Atlantischen Bündnis weiterhin von dieser Tatsache voll überzeugt sind;

stellt fest, daß der Zusammenhalt der westlichen Welt durch erhöhte Spannungen in den internationalen Beziehungen und die gegenwärtige schwerwiegende Wirtschaftsrezession herausgefordert wird;

bedauert, daß die für die kollektive Sicherheit erforderlichen Maßnahmen von der Öffentlichkeit nicht wirklich verstanden werden und demzufolge nicht so viel Unterstützung aus der Öffentlichkeit erhalten wie sie könnten;

stellt fest, daß solche Reaktionen und Herausforderungen, die durch die modernen Kommunikationsmittel verstärkt werden, Anlaß zu Mißtrauen auf beiden Seiten des Atlantiks geben;

begrüßt die Initiativen zur Verbesserung der Beratungen zwischen Europa und Nordamerika im Rahmen der bestehenden Institutionen;

vertritt die Ansicht, daß die Ereignisse in Afghanistan und Polen es erforderlich machen, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses und des Warschauer Paktes einer gründlichen kollektiven Prüfung unterzogen werden sollten, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß man sich mit vollendeten Tatsachen abfindet;

begrüßt die intensiven Konsultationen innerhalb der NATO in bezug auf die INF-Verhandlungen in Genf;

unterstützt die baldige Eröffnung der START-Verhandlungen und die energische Fortsetzung der anderen Abrüstungsverhandlungen;

vertritt die Ansicht, daß es notwendig ist, zu einem Konsens über die militärische Bedrohung des Bündnisses und das Gleichgewicht der Kräfte zu gelangen;

vertritt ferner die Ansicht, daß die öffentliche Unterstützung von Rüstungsbeschlüssen zunehmen würde, wenn diese Maßnahmen als Gegengewicht zu den Programmen des Warschauer Pakts dargestellt und zu Einschränkungen auf seiten des Warschauer Pakts führen würden;

vertritt die Ansicht, daß häufige Kontakte zwischen Parlamentariern aus europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten der NATO von wesentlicher Bedeutung für ein besseres Verständnis in der Öffentlichkeit sind und so wirksam wie möglich organisiert werden sollten;

begrüßt das Ergebnis der Treffen der Staats- und Regierungschefs in Versailles und Bonn, die die Solidarität und den Zusammenhalt der freien Welt im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit sowie die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung der GATT-Prinzipien bekräftigten;

empfiehlt dem Rat

I. einen umfassenden Bericht über die europäischen Verteidigungsbemühungen im Rahmen der NATO im Hinblick auf die Teilung der gemeinsamen Verteidigungslast auszuarbeiten;

II. die Mitgliedstaaten dringend aufzufordern:

1. In Absprache mit den Vereinigten Staaten und den übrigen NATO-Mitgliedstaaten die Prinzipien darzulegen, an die sich alle Mitglieder des Atlantischen Bündnisses in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts halten sollten, insbesondere im Hinblick auf strategisch oder technologisch wichtige Güter, deren Ausfuhr Beschränkungen unterliegt, gewährte Kreditbedingungen und langfristige Vertragsabschlüsse;
2. den bestehenden Konsultationsmechanismus im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich voll zu nutzen, um eine rasche und übereinstimmende Reaktion in Notstands- und Krisenzeiten zu ermöglichen;
3. Mittel zur Verbesserung der transatlantischen Konsultation zu prüfen, insbesondere inoffizielle Treffen auf Ministerebene oder auf der Ebene hoher Beamter, um die Leistungsfähigkeit der bestehenden Institutionen zu verbessern;
4. sicherzustellen, daß die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten ihre öffentlichen Bewertungen des Kräftegleichgewichts weiterhin auf ein gemeinsames Dokument stützen, entsprechend dem Verfahren ihrer jüngsten Veröffentlichungen;
5. neue Entscheidungen im Rüstungsbereich vor dem Hintergrund spezifischer Programme und Fähigkeiten des Warschauer Pakts darzustellen, um neue Anreize zum Wettrüsten abzuwenden;
6. eine energische und entschlossene Verhandlungspolitik im Hinblick auf eine kontrollierte Begrenzung der Kernwaffen zu unterstützen, die ein Gleichgewicht der Kräfte als Vorbedingung für die Sicherheit Europas und der gesamten westlichen Welt sicherstellt.

Tagesordnungspunkt:

Informationsbroschüre über die WEU und ihre Tätigkeit

(Drucksache 911)

Berichterstatter: Abg. Berchem

Tagesordnungspunkt:

Möglichkeiten der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Versammlung der WEU und den Parlamenten

(Drucksache 912)

Berichterstatter: Abg. Stoffelen





Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333